

Deutsche Rundschau

in Polen

Bezugspreis: Bolen und Danzig: In den Ausgabestellen und Filialen monatl. 3.50 zl. mit Zustellgeld 3.80 zl. Bei Postbezug monatl. 3.89 zl. pieteljährlich 11.66 zl. Unter Streifband monatl. 7.50 zl. Deutschland 2.50 RM. — Einzel-Nr. 25 gr. Sonntags-Nr. 30 gr. Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung etc.) hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Fernruf Nr. 3594 und 3595.

Anzeigenpreis: Bolen und Danzig die einspaltige Millimeterzeile 15 gr. die Millimeterzeile im Reklameteil 125 gr. Deutschland 10 bzw. 70 Pf. übriges Ausland 50% Aufschlag. — Bei Briefvorricht u. schwierigem Satz 50% Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen schriftlich erbeten. — Öffertengebühr 100 gr. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. **Postleidkonten:** Bolen 202 157. Danzig 2528. Stettin 1847.

Nr. 74

Bromberg, Freitag, den 2. April 1937.

61. Jahrg.

Mussolini und die Kleine Entente.

Moskau wird durch das italienische
Paktsystem kaltgestellt?

In den ersten Tagen des April treten die Außenminister der Kleinen Entente in Belgrad zu einer ihrer üblichen Konferenzen zusammen. Der Termin ist vorverlegt worden, denn ursprünglich sollte diese Ministerbesprechung erst nach der Zusammenkunft der drei Staatsoberhäupter der Kleinen Entente stattfinden. Am 5. April, also noch während der Tagung der Außenminister, trifft aber bereits der Staatspräsident der Tschechoslowakei, Dr. Benesch, in der jugoslawischen Hauptstadt zum Besuch des Prinzregenten Paul ein.

Das Hauptthema der Belgrader Verhandlungen wird der italienisch-jugoslawische Grenzhafstsvertrag sein, dessen Auswirkungen auf das innere Geschehen der Kleinen Entente schon jetzt spürbar werden. In Rumänien drückt die Presse ihr Bedauern darüber aus, daß nicht auch Rumänen zu einem ähnlichen Abkommen mit Italien gelangt sei, oder daß dieser Vertrag statt allein mit Jugoslawien nicht mit der Kleinen Entente als einer politischen Einheit abgeschlossen werden konnte. Rumänen habe niemals die Differenzen mit Italien gehabt, die lange Zeit das Verhältnis zwischen Rom und Belgrad gestört hätten. Auf jeden Fall wird der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß sich die Brücke zwischen Bukarest und Rom noch schlagen lasse.

Die politische Einheit der Kleinen Entente, die zeitweilig so stark als ein europäischer Faktor herausgestrichen wurde, zeigt immer mehr Anzeichen einer gewissen Brüderlichkeit. Von der gemeinsamen Außenpolitik, die einen Programmpunkt der Kleinen Entente bildet, ist schon lange keine Rede mehr. Prag tanzte seine Extratour mit Moskau und die Versuche, die unter dem Namen Böschewisten freundlich gesinnten Titulare in Bukarest unternommen wurden, um Rumänen in die gleiche Linie zu bringen, scheiterten am Widerstand der gesund denkenden rumänischen Staatsmänner, nicht zuletzt des Königs. Rumänien scheidet heute aus den Kombinationen der über Prag nach Mitteleuropa vorstoßenden Sowjetunion aus.

Jetzt nun das Abkommen Jugoslawiens mit Italien, das mit seiner Kriegsverzichtsklausel und der Sicherung der gegenseitigen Neutralität für den Fall, daß einer der beiden Vertragsstaaten in einen Konflikt mit Dritten verwickelt werden sollte, eine einheitliche außenpolitische Führung der Kleinen Entente für gewisse Fälle ebenfalls unmöglich macht. Obendrein wird dieser Pakt zwischen Belgrad und Rom in Moskau höchst unzuliegen zur Kenntnis genommen. Man ist sich dort vollkommen klar darüber, daß damit die antiböschewistische Barriere im Südosten Europas weiter vorgeschoben wird. Sollte sich jetzt noch die rumänische Erwartung verwirklichen, daß Mussolini selbst die Möglichkeiten zu einem Abkommen auch mit Rumänen finden werde, so würde dieser Damir unmittelbar an die Grenzen Sowjetrußlands, aber auch bis vor die Tore der Türkei vorrücken. Graf Ciano, der italienische Außenminister, wird in obenhöherer Zeit auch nach Ankara gehen. Diese Reise war eigentlich schon für die nächsten Tage geplant, aber es scheint, daß der Stand der Verhandlungen noch einmal eine Verschiebung notwendig gemacht hat. Die Türkei ist seinerzeit durch das Vordringen Italiens im Orient, wie es sich in der Großerzung Abessiniens ausdrückte und durch die Hand in Hand damit gehenden Verkehrungen im östlichen Mittelmeer beunruhigt worden. Aber man weiß aus den Mailänder Verhandlungen zwischen Ciano und Rüstchdu Aras, daß Italien sich Mühe gibt, die Befürchtungen Ankara zu zerstreuen, und daß es als Preis für einen Interessenausgleich seine Zustimmung zu dem Meerengen-Abkommen von Montreux in Aussicht gestellt hat. Das Ziel der italienischen Politik ist es, mit der Türkei zu einem ähnlichen Freundschaftspakt zu gelangen wie jetzt mit Jugoslawien. Es besteht keine Veranlassung zu bezweifeln, daß diese Bemühungen von Erfolg sein werden.

In Ankara spielte bis vor kurzem die Sowjetunion eine große Rolle. Zwischen der Türkei und Sowjetrußland bestehen Abmachungen, die sich sehr stark auch auf militärische Einzelheiten beziehen. Aber es ist nicht zu verkennen, daß man in der türkischen Hauptstadt die böschewistische Freundschaft heute mit etwas nüchterneren und fühligeren Augen ansieht. Je mehr sich obendrein die Stellung Italiens im Mittelmeer festigt, desto wertvoller wird für Ankara die Verbindung mit Rom als die mit Moskau. Eine Verständigung, die letzten Endes Italien, Jugoslawien, Rumänien und die Türkei umfassen würde, müßte aber die Wirkung haben, daß die Sowjetunion nicht nur in Südosteuropa zurückgedrängt wird, sondern daß auch ihr Vordringen im Mittelmeer, zu dem ihm die im Vertrage von Montreux eingeräumte Ausnahmestellung die Tore öffnete, zum Stehen gebracht wird.

Kein Wunder also, daß Moskau gegen diese jüngste Phase der italienischen Politik Sturm läuft. Die Sowjetpresse versucht England und Frankreich gegen Italien aufzubringen, dem wieder einmal Absichten in Spanien unterstellt werden, für deren Durchsetzung die im Osten geschaffenen Sicherungen und Vereinbarungen die Rückendeckung bilden würden. Dabei werden alle Register

Groß-Hamburgs Geburtsstunde.

Am Mittwoch und Donnerstag erlebte Hamburg den größten Tag seiner an Ereignissen so reichen Geschichte: die Geburtsstunde des Groß-Hamburgs. Durch das Inkrafttreten des Groß-Hamburg-Gesetzes werden die Bewohner des Niederrhein-Raumes in gebietlicher, verwaltungsmäßiger, wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht in einer Hand zusammengefaßt und auf ein großes Ziel ausgerichtet: Deutschland.

Die Geburtsstunde des nach dem Willen des Führers geschaffenen neuen Groß-Hamburg war am Mittwoch abend Auloch zu einem feierlichen Staatsakt

im großen Saal des Hamburger Rathauses, der durch die Teilnahme des Stellvertreters des Führers, Reichsminister Rudolf Hess, des Reichsinnenministers Dr. Frick, des Reichsfinanzministers Graf Schwerin von Kroißig, des Reichsverkehrsministers Dr. Dörpmüller und des Reichsorganisationsschefs Dr. Ley sein besonderes der historischen Bedeutung dieser Stunde entsprechendes Gepräge erhielt.

Beethovens Egmont-Ouvertüre, gespielt vom Philharmonischen Staatsorchester, leitete die Feier ein. Dann nahm

Reichsstatthalter Gauleiter Kaufmann

das Wort zu seiner Begrüßungsansprache. Bis weit über die Grenzen des bisherigen Hamburg hinaus — so führte er aus, wird das Groß-Hamburg-Gesetz Bedeutung haben. Was seit Jahrzehnten, ja seit Jahrhunderten durch Verhandlungen, Diskussionen und Denkschriften nicht möglich war, schuf der Führer mit diesem neuen Gesetz. Ich bin als Nationalsozialist der Überzeugung, daß wir alle dem Führer nicht besser danken können als dadurch, daß wir in dem uns anvertrauten größeren Gebiet in gesteigertem Maße unsere Pflicht tun. Unser Dank muß aber auch dem Mann gelten, der von sich aus die Initiative in dieser für Hamburg so lebenswichtigen Frage ergriffen hat, dem Ministerpräsidenten Generaloberst Göring.

Der Reichsstatthalter hieß dann die neu zu Hamburg kommenden Gebiete und ihre Einwohner willkommen und versicherte, daß es seine besondere Sorge sei, werden diesen Städten und Gemeinden seine ganze Aufmerksamkeit und Fürsorge zu schenken.

Nachdem noch Reichsinnenminister Dr. Frick gesprochen hatte, bildeten die Lieder der Nation den Abschluß des feierlichen Staatsaktes.

Hamburgs Dank an den Führer.

Reichsstatthalter Gauleiter Kaufmann richtete am Mittwoch folgendes Telegramm an den Führer und Reichskanzler:

„Die am heutigen Abend zur Feier des Inkrafttretens des Groß-Hamburg-Gesetzes im Festsaal des Hamburger Rathauses Versammelten grüßen Sie, mein Führer, den Verwirklicher Groß-Hamburgs.“

gezogen, von denen man sich eine Wirkung in Paris und in London verspricht. England wird gesagt, die Errichtung Italiens im Mittelmeer bedrohe seine Seeverbindung mit dem Osten. Frankreich hält man vor, daß die angebliche Besetzung der Balearen durch Italien die nordafrikanischen Kolonien vom Mutterlande abtrennen werde. Und obendrein — von diesem Argument verspricht man sich anscheinend in Paris einen besonderen Erfolg — widerstreite das von Rom bevorzugte zweiteilige Paktsystem den Grundsätzen der kollektiven Sicherheit, auf denen die französische Politik ja immer mit so besonderer Liebe herumreitet. Daß der Vertrag Rom-Belgrad der Festigung des Friedens in Europa dient, wie etwa weiterfolgende ähnliche Abmachungen es ebenfalls tun würden, läßt man in Moskau nicht gelten, denn an diesem wirklichen Frieden, an dem die böhmischt-sowjetischen Pläne zerschellen müßten, hat man dort kein Interesse.

*

Frankreich sieht seine Donauraum-Politik in Gefahr.

Paris, 1. April (Eigene Meldung.) Anlässlich der Gründung der außerordentlichen Ratstagung der Länder der Kleinen Entente befaßt sich das „Œuvre“ mit der vermutlichen Stellungnahme Jugoslawiens zu dem französischen Vorschlag eines gegenseitigen Beistandspakts Frankreichs mit der Kleinen Entente gegen jeden Angreifer. Der Abschluß des italienisch-jugoslawischen Abkommens habe in Prag und in Bukarest in vielen Fragen eine lebhafte Kritik gefunden. Aller Wahrscheinlichkeit nach werde die Gesamte Entwicklung auf dem Balkan nach der im

In Dankbarkeit und voll Stolz auf die Aufgabe, die Sie damit uns allen gestellt haben, geloben wir in nationalsozialistischem Geiste, alle nunmehr freigewordenen Kräfte einzusehen zur höchsten Leistung für Volk und Vaterland.

Es lebe Deutschland!

Es lebe unsere Nationalsozialistische Bewegung! ges. Karl Kaufmann.“

Außerdem hat Reichsstatthalter Kaufmann an den Ministerpräsidenten Generaloberst Göring ein in sehr herzlichen Worten gehaltenes Telegramm gerichtet, in dem er dem Ministerpräsidenten noch einmal den Dank Hamburgs für die Initiative zur Lösung der Groß-Hamburg-Frage ausspricht.

Letzte Senatssitzung in Lübeck.

Den Auftakt zu den Überleitungsfestlichkeiten in Lübeck bildete am Mittwoch eine Sitzung im Rathaus, mit der der Senat der Freien und Hansestadt Lübeck seine Tätigkeit beschloß. Der Präsident des Senats, Bürgermeister Dr. Drechsler, gab einen Rückblick auf die Entwicklung der Stadt und sprach zum Schluss den Senatoren und Mitarbeitern sein und den Dank Lübecks für ihre Arbeit aus. Senator Schroeder dankte im Namen seiner Mitarbeiter.

Damit sond die letzte Senatssitzung nach der 711jährigen Reichsfreiheit der Freien und Hansestadt Lübeck ihr Ende.

Nach einer Bekanntmachung des Reichsinnenministers lautet die Dienstbezeichnung des Reichsstatthalters in Mecklenburg und Lübeck am 1. April, dem Tage des Inkrafttretens des Gesetzes über Groß-Hamburg und andere Gebietsvereinigungen, „Reichsstatthalter in Mecklenburg“

Aufhebung der Selbstverwaltung in hessischen Provinzen.

Aus Darmstadt meldet DNB:

Die hessischen Provinzen Starkenburg, Oberhessen und Niedershessen sind durch ein von Reichsstatthalter Sprenger ausgesetztes und verkündetes von der Reichsregierung genehmigtes Gesetz als staatliche Verwaltungsbereiche und als öffentliche Gebietskörperschaften mit dem Recht der Selbstverwaltung aufgehoben worden. Verwaltungsnachfolger der aufgehobenen Provinzen ist das Land Hessen. Die bisher von den Provinzialdirektionen wahrgenommenen staatlichen Aufgaben gehen auf den Reichsstatthalter über.

Mit diesem Gesetz hat Reichsstatthalter Sprenger in Fortsetzung seiner Maßnahmen, die darauf abzielen, die gesetzliche Hessen-Provinzverwaltung von Grund auf zu vereinfachen und möglichst klar und übersichtlich zu gestalten, einen weiteren entscheidenden Schritt getan.

Auschlüsse an die Belgrader Konferenz stattfindenden Aussprache zwischen Benesch und Stojadinowitsch die entscheidende Wendung nehmen. Falls, wie zu befürchten sei, Stojadinowitsch endgültig den Vorschlag zurückweisen sollte, hätte Frankreich auf dem Balkan eine große Partei verloren. Der Artikel 2 des italienisch-jugoslawischen Abkommens gebe Jugoslawien mehr oder weniger die Möglichkeit, im Falle eines Konflikts volle Neutralität zu wahren. In diesem Fall aber würde die Balkan-Politik für Frankreich eine unangenehme Wendung erhalten.

Im „Echo de Paris“ spricht Pertinax von einer Krise der Kleinen Entente. Man dürfe sich nicht verhehlen, daß die Kleine Entente demnächst nur noch ein Phantom darstellen werde, falls Stojadinowitsch seine Politik fortführen sollte. Der jugoslawische Ministerpräsident habe gegen die Kleine Entente und die Balkan-Union kurz hintereinander zwei Schläge geführt. Im Januar habe er mit Sofia den bulgarisch-jugoslawischen Freundschaftspakt geschlossen, der die Balkan-Union durch die Sonderfreundschaft der beiden südslawischen Länder lediglich schwäche, und in der vergangenen Woche habe der jugoslawische Außenminister diese seine Unabhängigkeit durch den Abschluß des Abkommens mit Italien noch einmal unter Beweis gestellt. Dabei hätten die Tschechoslowakei und Rumänien sich zusammen mit Jugoslawien um die italienische Freundschaft bemühen wollen, weil sie mit Jugoslawien zusammenstehen und nicht getrennt mit Italien verhandeln wollten. Jetzt aber habe Jugoslawien, ohne sich um die beiden anderen Länder zu kümmern, einen eigenen Vertrag abgeschlossen. In Prag und Bukarest habe man sich zwar über den Abschluß dieses Abkommens optimistisch geäußert, aber weder in der einen noch in der anderen Hauptstadt sei man es in Wirklichkeit gewesen.

Das „Petit Journal“ will aus gut unterrichteten römischen Kreisen wissen, daß der französische Vorschlag eines gegenseitigen Beistandspakts mit der Kleinen Entente in keiner Weise mit dem italienisch-jugoslawischen Abkommen in Einklang gebracht werden könne.

Werbt für die
Deutsche Rundschau
in Polen!

Sowjetvorstoß in Bukarest.

Bessarabien soll anerkannt werden.

In eingeweihten rumänischen Kreisen soll die Meldung ausländischer Presseagenturen Bestätigung finden, derzufolge in der rumänischen Hauptstadt neuerdings ein "Dokument" vorliege, worin die Sowjetregierung die Grenzen des heutigen großerumänischen Staates und damit auch Bessarabien als unbestrittenes rumänisches Staatsterritorium angeblich nunmehr auch de jure anerkannt habe.

Der Schritt Sowjetrußlands würde, wenn er tatsächlich erfolgt ist, noch weitgehende politische Folgen haben. Zweifellos wäre es ein Versuch Moskaus, die seit dem Rücktritt des Außenministers Titulescu in Rumänien bewahrte Zurückhaltung Sowjetrußland gegenüber zu beseitigen und eine freundlichere Atmosphäre zu schaffen, ehe es überhaupt für eine positive Bündnispolitik zu spät wäre. Die Bukarester Presse hat bisher geschwiegen, da der rumänische Außenminister Antonescu gegenwärtig in Belgrad weilt, wo die Konferenz der Kleinen Entente eröffnet wird. Vermutlich zielt Moskau gerade auch auf diese Konferenz ab.

Die Anerkennung des rumänischen Bessarabien durch Moskau, die zu halten die Sowjets bei ihrer Auffassung vom Volkerrecht nicht zu beabsichtigen brauchen, wäre der Schlusspunkt einer langen und schwierigen Entwicklung in den Beziehungen der beiden Nachbarstaaten. Lange Jahre hindurch war die Begehrung Sowjetrußlands, die heutige bessarabische Grenze anzuerkennen, der Grund, weshalb zwischen Bukarest und Moskau noch nicht einmal die diplomatischen Beziehungen aufgenommen wurden. Die erste Aussicht auf eine Besserung dieser Verhältnisse brachte das sogenannte Londoner Abkommen über die Definition des Begriffs "Angreifer". Jenes Londoner Abkommen besagte, daß zum Staatsgebiet eines Landes dasjenige Gebiet gehört, über das die betreffende Regierung ihre Hoheitsrechte praktisch ausübt. Wer ein solches Gebiet besetzt, macht sich eines Angriffs schuldig. Dieses Londoner Abkommen wurde dann auch von Sowjetrußland unterzeichnet, was praktisch die De-facto-Anerkennung der heutigen bessarabischen Grenze bedeutet, weil ja Rumänien unfehlig seine Hoheitsrechte in Bessarabien ausübt. Auf Grund der Unterzeichnung des Londoner Abkommens durch Sowjetrußland nahm dann Rumänien die diplomatischen Beziehungen mit Moskau wieder auf.

Aufsehen auch in Paris.

Die Nachricht von der Anerkennung Bessarabiens durch Moskau hat auch in Paris Aufsehen erregt. Denn damit wäre wohl der erste Schritt zu der so lange schon von verschiedenen Kreisen erhofften positiven Bündnispolitik zwischen Rumänien und Sowjetrußland getan. Der Streit um Bessarabien geht im Grunde doch nur darum, daß der Bolschewismus diese Torlandshaft Osteuropas als Durchgangsland für sich sichern möchte.

Dass diese Nachricht aus Bukarest hier so eifrig kolportiert wird, das geht natürlich auf die Wünsche der Verteidiger des Sowjetbündnisses zurück, die den Versuch der Kleinen Entente aufzuhalten oder wenigstens dadurch wettzumachen suchen, daß es gelingt, neben der Tschechoslowakei auch noch Rumänien einzuspannen, nachdem Jugoslawien seine selbständige Außenpolitik des direkten Ausgleichs und des Friedens eingeschlagen hat. Man wertet die Möglichkeit einer solchen bolschewistischen Zursicherung an Rumänien als eine starke Lockspeise, und mehr wird wohl überhaupt hinter der ganzen Geschichte nicht stehen. Moskau versucht im Zusammenspiel mit Paris, in Bukarest ein Gegengewicht zu schaffen gegen neuerdings dort lautgewordene Neigungen, eine gleiche Politik wie Jugoslawien zu beginnen. Wie weit das von Erfolg begleitet sein wird, steht dahin.

Bukarest dementiert.

Wie das Deutsche Nachrichten-Bureau aus Bukarest meldet, wird gegenüber den Gerüchten, daß Sowjetrußland Bessarabien als Teil des nationalen rumänischen Gebietes anerkannt habe, von zuständigem rumänischer Seite erklärt, daß hieron nichts bekannt sei. Es wird betont, man hätte keinen Grund gehabt, eine solche Anerkennung geheimzuhalten, wenn sie wahr gewesen wäre.

Deutsche Kommunisten in der Sowjetunion verbannt.

In der Stadt Engels in der deutschen Volgarepublik sind zehn seinerzeit aus Deutschland emigrierte Kommunisten verhaftet worden, weil sie unvorsichtige Äußerungen über die Mißstände unter dem Stalinischen Regime und über die Judenherrschaft in Parteis- und Staats-Apparat gemacht hatten.

Es handelt sich um die früheren KPD-Funktionäre Willi Voigt (ehemaliger Führer des Rotfrontkämpfer-Bundes), Karl Schuster, Heinz Schuster, Harry Wild, Matthias Lüdtke, Klaus Berg, Willi Schick, Karl Radde, Fritz Starke und Hans Bayer. Sie sind in die Verbannung geschickt worden. Das Schicksal dieser zehn erinnert an das Ende des berüchtigten kommunistischen Nordbrenners Max Hötzl, der, nach Moskau ausgewandert, sich durch Äußerungen gegen die Juden den Unwillen des Kremls zugezogen hatte und in der Moskwa ertränkt worden war.

Japans Reichstag aufgelöst.

Der Ostasiendienst des Deutschen Nachrichtenbüros meldet aus Tokio:

Das japanische Kabinett hat in seiner außerordentlichen Sitzung die Auflösung des Reichstags beschlossen, nachdem sich herausgestellt hat, daß die Parteien — trotz zweimaliger Verlängerung der Tagungsdauer — nicht gewillt waren, die noch ausstehenden Regierungsvorlagen ordnungsmäßig zu verabschieden. Die Neuwahlen sind auf den 30. April festgesetzt worden.

Die Auflösung des Reichstags ist insofern überraschend gekommen, als die Zusammenarbeit von Regierung und Parteien noch kürzlich als ein Erfolg des Hashishi-Kabinetts bezeichnet wurde. Allerdings war das Kabinett zu weitgehendem Entgegenkommen gegenüber den Parteien gezwungen, um eine Verabschiedung des Haushalts in Höhe von nahezu 3 Milliarden Yen und der wichtigsten Regierungsvorlagen zu ermöglichen. Das Kabinett wollte unbedingt eine vorzeitige Auflösung und damit notwendig werdende Kaiserliche Notverordnungen zur Inkraftsetzung des Haushalts verhindern, und verlängerte deshalb auf Druck der Parteien die Tagungsdauer um etwa zwei Wochen, obwohl die gesetzliche Tagungsdauer des Reichstags drei Monate beträgt. Nachdem jedoch am Dienstag die Parteien fast in der Form eines Ultimatums eine neue Verlängerung forderten und hieron die Verabschiedung wichtiger Vor-

lagen, darunter der Gesetze über Wirtschaftskontrolle, Agrarreform, des Wahlgesetzes und des Gesetzes zur Sicherung des Militärgeheimnisses, abhängig machten, bestanden Heer und Marine auf der Auflösung.

Die allgemeine Ansicht unterrichteter Kreise geht dahin, daß Neuwahlen nach dem geltenden Wahlgesetz bestenfalls eine Stärkung der Splittergruppen ergeben werden. Entscheidende Veränderungen werde das Parlament in seiner bisherigen Zusammensetzung nicht erfahren. Es wird deshalb behauptet, daß die Regierung entschlossen sei, von sich aus in den Wahlkampf einzutreten und noch im letzten Augenblick den Versuch zu machen, mit Hilfe des Militärs und nationalistischer Gruppen eine neue Regierungspartei ins Leben zu rufen. Allerdings, heißt es, sei der Erfolg zu bezweifeln, selbst wenn die neue Partei durch Teile der alten Partei (Minseito, Seiyukai, Kokumin) unterstützt würde. Die Regierungskrise sei höchstens aufgeschoben.

Pflügergebet.

Herr, die Schollen wenden sich.
Offen liegt die junge Erde
Deinem Segen, und so sprich
Wie am ersten Tag: Es werden

Herr, den Acker auf und ab
Muß ich Samen streuend gehen;
Lasse du aus stillem Grab
Alles fröhlich auferstehen!

Herr, so nimm in deine Hut
Meines Feldes edle Gabe,
Dass ich Brot für meine Brut
Auch in diesem Jahre habe!

Adolf August Kassau.

Zur Unterredung Delbos — Bed.

Die polnische Presse gibt Berliner Meldungen aus Paris wieder, in denen die besondere Bedeutung der Besprechungen, die kürzlich der französische Außenminister Delbos mit dem polnischen Außenminister Beck in Cannes hatte, unterstrichen wird. Es wird betont, daß die beiden Staatsmänner über die Teilnahme Polens am europäischen Sicherheitssystem, über den Westwall, sowie über die Frage der Neutralität Belgiens gesprochen hätten. Minister Delbos soll den polnischen Außenminister der automatischen Hilfe Frankreichs für den Fall eines Angriffs auf polnisches Gebiet versichert haben. Die französische Garantie soll sich aber nicht auf das Gebiet der Freien Stadt Danzig beziehen.

Keine Krönungsreise.

"Daily Mirror" bringt die aufsehenerregende Meldung, daß das englische Königspaar die für das nächste Jahr geplante "Krönungsreise durch die Dominions" aufgegeben habe. Auch von der Kaiserkrönung in Indien, für die bereits umfangreiche Vorbereitungen begonnen haben, soll Abstand genommen werden. An Stelle des Königspaares wird der Herzog von Kent mit seiner Gattin eine neunmonatige Reise durch die Dominions unternehmen und dort überall für seinen Bruder die Huldigungen entgegennehmen. Der Verzicht auf die Kaiserkrönung hat nach Berichten desselben Blattes selbst im Hofkreis höchste Überraschung ausgelöst. Als Begründung für die plötzliche Änderung der Pläne wird angegeben, der König habe es für unvorteilhaft gehalten, nach so kurzer Regierungszeit England bereits für längere Dauer zu verlassen.

Absage an Paris.

Die Türkische Regierung hat im Hinblick auf den Konflikt um den Sandjak von Alexandrette einen sehr bemerkenswerten Beschuß gefasst. Wie es heißt, wird sie „aus technischen Gründen“ nicht an der Pariser Weltausstellung teilnehmen. Dagegen hat die Türkische Regierung alle interessierten Kreise aufgefordert, die am 5. Juni in Laibach zur Eröffnung kommende jugoslawische Messe zu besuchen.

Wieder ein Überraschungserfolg der unständischen Eingeborenen.

Das Deutsche Nachrichten-Bureau meldet aus London: Wie aus Delhi berichtet wird, ist es an der indischen Nordwestgrenze südwestlich von Damodil an einem neuen Zusammenstoß zwischen britischen Truppen und unständischen Stämmen gekommen, bei denen zwei britische und zwei indische Offiziere sowie 19 englische Soldaten getötet und ein britischer Unteroffizier und 38 Indianer verwundet wurden. Einheiten der ersten Brigade aus Abbottabad, die einen Transport schützen, der auf der Straße von Mirali nach Razmak vorging, wurden von Eingeborenen überfallen, denen es gelang, den britisch-indischen Truppen beträchtliche Verluste beizubringen. Es sollen insgesamt 300 bis 500 Eingeborene an dem Angriff, der schließlich zurückgeschlagen werden konnte, beteiligt gewesen sein.

An der indischen Nordwestgrenze herrschen bekanntlich seit längerer Zeit Unruhen, die auf den Einfluß des Fakirs von Dvi zurückzuführen sind, der die Stämme zu einem heiligen Krieg gegen die Engländer aufzustacheln versucht. Seit November v. J. sind in Gefechten mit den Eingeborenen insgesamt 29 Angehörige der britisch-indischen Streitkräfte getötet und 130 Mann verwundet worden.

Pommerellenwoche des Westverbandes.

Der polnische Westverband zeigt einen überaus starken Betätigungsdrang. Kaum ist seine "Zehn-Tage-Aktion" vorüber, und schon wieder erlässt er einen Aufruf aus Anlaß der angekündigten Propagawoche in ganz Polen, die am Dienstag begonnen hat. Diese Tage sollen der Propaganda für Pommerellen dienen, ähnlich wie im vorigen Jahr eine Oberschlesiens-Woche veranstaltet worden war. Es werden Werbeveranstaltungen für die nationale polnische Sache in Pommerellen abgehalten und gleichzeitig Straßen- und Haussammlungen für diesen Zweck durchgeführt.

Aus Anlaß des Beginns der Pommerellen-Woche hat der pommerellische Wojewode Wladyslaw Raczkiewicz am Dienstag nachmittag durch den Rundfunk eine Ansprache gehalten, in der er die Bedeutung des Meeres und seines Hinterlandes für Polen unterstrich. "Jedes Jahr", so sagte der Wojewode, "registrieren wir neue positive Erfolge auf jedem Gebiet, neue Erfolge in der Einstellung des polnischen Gedankens und der polnischen Arbeit am Meer, neue Erfolge in der Bindung des Hinterlandes der See mit Gdingen, die zu den Ergebnissen der Bilanz der polnischen Expansion zur See positiv beitragen. Große Pflichten harren besonders der jungen Generation der Pommeller. Von der Liebe dieser Generation zum Meer und zur Arbeit am Meer, von der Ausdehnung der Entwicklung der Meeresbasis und von der Begeisterung, den organisatorischen Werken und der Ausdauer in der Arbeit wird in bedeutendem Maße die Teilnahme Pommers an der Entwicklung Polens beitragen."

Dem Ehrenkomitee der Pommerellenwoche gehören u. a. an: der Vorsitzende der Föderation der polnischen Verbände der Vaterlandverteidiger, General Roman Górecki, der Wojewode Dr. Grażynski, der Vorsitzende des polnischen Schulfonds für das Ausland, Dr. Bronisław Helczyński, der Stellvertretende Ministerpräsident Ingenieur Kwiatkowski, der Landesstarost Lacki, der Vorsitzende des Hilfsvereins der Auslands-Polen Piasecki, der Wojewode von Pommerellen, Wladyslaw Raczkiewicz, Bischof Stanislaw Okoniewski, Generalsuperintendent Juliusz Bursche, General Kazimierz Sojkański und Minister Dr. Juliusz Trzciński.

Republik Polen.

Wojewode Grażynski bleibt.

Im Zusammenhang mit den Gerüchten über die Umbildung des polnischen Kabinetts, war wieder einmal in verschiedenen polnischen Blättern das Gerücht aufgetaucht, daß auch der Wojewode von Schlesien Dr. Grażynski von seinem Posten abberufen werden würde. Hierbei wurde offen gelassen, ob er auf einen höheren Posten in Warschau oder in den Ruhestand versetzt werden sollte. Die dem Wojewoden sehr nahestehende "Polska Zachodnia" demonstriert nunmehr dieses Gerücht ganz категорisch und erklärt, der Wojewode werde auch weiter auf seinem Posten verbleiben.

Ein Millionen-Betrag vor Gericht.

Am 6. d. M. beginnt in Warschau ein Civil-Prozeß, den die Generalprokuratur gegen die polnisch-belgische Holzimprägnierungs-Gesellschaft angestrengt hat. Das Verhandlungssobjekt bilden Verluste in Höhe von 7 800 000 Złoty, die der Staat infolge eines Lieferungsvertrages für imprägniertes Holz durch die erwähnte Gesellschaft für die polnische Staatseisenbahn erlitten hat. Die Forderungen des Staatschahes aus dem Titel dieser Missbräuche ist dadurch sichergestellt worden, daß der Besitz der Firma als auch das Privatvermögen ihrer Direktoren mit Beschlag belegt wurde.

Arierparagraph im Schauspielerverband nicht durchgesetzt.

Auf der Tagesordnung des in Warschau tagenden Verbandes der polnischen Bühnenkünstler stand u. a. auch der Antrag des großpolnischen Vertreters des Verbandes, in dem der Ausschluß der Juden aus dem Verband gefordert wurde. Nach einer lebhaften Diskussion wurde eine Art Kompromiß geschlossen, wonach der Ausschluß als Maßstab für die Zugehörigkeit zu dem Verband abgelehnt, dafür aber der Standpunkt unterstrichen wird, daß das polnische Theater in allen seinen Erscheinungen polnisch sein soll, und zwar nicht nur dem Namen, sondern auch dem Geiste nach. Das polnische Theater soll auf der Wacht für die polnische Kultur auf allen Gebieten des Theaterlebens stehen.

Kleine Rundschau.

Ungewissheit um Filchner.

Aus Nanking meldet United Press:

Über das Schicksal des deutschen Historikers Filchner besteht nach wie vor Ungewissheit. Wie die Deutsche Botschaft in Nanking erfuhr, ist Filchner nicht "verhaftet", sondern nur "zeitweilig festgehalten" worden. Es verlautet sogar, daß Filchner sich bereits wieder in Freiheit befindet. Wegen der Feiertage war es der Deutschen Botschaft unmöglich, sich mit der Nanking-Regierung in Verbindung zu setzen. Man mußte sich darauf beschränken, in Urumtschi Nachforschungen anzustellen, deren Ergebnis noch unbekannt ist.

Schneesturm und Temperatursturz in Italien.

In der Gegend von Triest führte Schneesturm zu schweren Verkehrsstörungen. In der Stadt erfolgte innerhalb kurzer Zeit ein Temperatursturz von 20 Grad auf fast Null-Grad. Der Karst ist tief verschneit. Verschiedene Straßen sind für Kraftwagen völlig unbefahrbar geworden. Im Gebiet des oberen Isonzo liegt der Schnee einen Meter hoch. Bei Tarvis schneiten zahlreiche Automobile ein. Die Insassen müssen in den umliegenden Ortschaften Unterkunft suchen. Viele Landgemeinden sind vom Verkehr völlig abgeschnitten. Zur Aufrechterhaltung des internationalen Zugverkehrs wurden große Arbeiterkolonnen eingesetzt, um die Schneemassen zu beseitigen. Trotzdem hatten die Züge mehrstündige Verspätungen. Im Gebiet von Triest gingen an verschiedenen Stellen Schne- und Lawinen nieder, die auch ein Todesopfer forderten.

Der Silberschmied des Zigeunerfürsten.

Bromberg, 1. April.

Das wandernde Volk der Zigeuner hat, wie wir berichteten, seinen König verloren. Auf den Wegen, die den Zigeunerfürsten durch die Welt und das polnische Land führten, kam er mit seinem Hofstaat auch nach Bromberg. Ein glücklicher Zufall führte dazu, daß ein Mitglied unserer Redaktion bei dieser Gelegenheit die Insignien des Zigeunerfürsten Lewick besichtigen konnte.

Der Kronschatz setzt sich aus mehreren Gegenständen zusammen, die hier im einzelnen geschildert seien. An erster Stelle ist eine lange Silberkette zu nennen, die um den Hals zu tragen ist; sie wiegt nicht weniger als 1020 Gramm und besteht aus 20 verschiedenen Silbermünzen, darunter Maria-Theresia-Taler, Münzen mit den Bildnissen der Kaiserin Augusta, des Königs von Sachsen u. a. m. An den Enden der Kette ist eine rotelederne Tasche befestigt, die einen silbernen Rahmen aufweist mit schönen zisolierten Figuren.

Ferner gehört zu dem Kronschatz ein Gürtel, der sich aus handflächengroßen Silberstücken zusammensetzt. Die Silberstücke stellen getriebene Arbeit dar. Die Schnalle dieses Gürtels ist ebenfalls aus Silber hergestellt. Das Gewicht des ganzen Schmuckstücks beträgt 1500 Gramm.

Einen besonderen Platz in dem Kronschatz nehmen zwei silberne Humpen ein, von denen der eine die Figur eines Zigeunerknaben auf dem Deckel trägt, der andere eine fünffacette Krone auf der Außenseite aufweist. Jeder der Humpen ist aus über 1000 Gramm Silber hergestellt und mit je 12 Silbermünzen meist deutscher oder österreichischer Herkunft geschmückt. Auf einem der Humpen sieht man außerdem eingraviert zwei Löwen und einen Zigeuner, der zwei Pferde hält. Sehr kunstvoll ist der Griff des einen Trinkgefäßes, der einen Hund darstellt.

Zwölf faustgroße Knöpfe aus Silber, die wahrscheinlich einmal an einem Repräsentationsgewand getragen wurden oder vielleicht auch den Schmuck von Sattelzeng darstellen könnten, gehören ebenfalls zu dem Kronschatz. Die Knöpfe sind mit Granaten eingefasst und stellen einen sehr hohen Wert dar. Jeder Knopf wiegt nicht weniger als 10 Granatsteine auf.

Schließlich ist noch eine kleine Figur eines Zigeunerknaben aus Silber gefertigt, zu erwähnen.

Der einzige Goldgegenstand in diesem Silberschmied des Königs Lewick ist ein goldener Kamm, der mit zahlreichen Edelsteinen geschmückt ist.

Aus Stadt und Land.

Der Nachdruck sämtlicher Original-Artikel ist nur mit ausdrücklicher Angabe der Quelle gestattet. — Allen unseren Mitarbeitern wird strengste Verantwortlichkeit angeworben.

Bromberg, 1. April.

Meist heiter.

Die deutschen Wetterstationen künden für unser Gebiet meist heiteres und trockenes Wetter, später Bewölkung an.

Betrugsprozeß.

Auf betrügerische Weise zu schädigen versuchte der 37jährige Landwirt Leon Górniewicz die Gemeinde Krzyżan-Krański. Górniewicz hatte gegen die genannte Gemeinde einen Zivilprozeß auf Zahlung einer Entschädigung von 400 Złoty angestrengt, der von dem hiesigen Landgericht zu seinen Gunsten entschieden wurde. Die Höhe der Entschädigungssumme wurde allerdings in dem Urteil auf 200 Złoty herabgesetzt. Die Gerichtskosten, die die Gemeinde außerdem zu zahlen hatte, betrugen 6,50 Złoty. Durch Hinzuzeichnen einer Null änderte G. den in dem Urteil angegebenen Betrag von 200 in 2000 Złoty um. Das gleiche tat er mit den Gerichtskosten, die er gleichfalls durch Hinzufügung der Zahl 22 auf 226,50 Złoty erhöhte. Das auf diese Weise von ihm gefälschte Urteil händigte er darauf dem Gerichtsvollzieher Jarosławski ein, der die Gelder von der Gemeinde zwangswise einzuziehen sollte. Der Betrug wurde jedoch sehr rasch aufgedeckt, als sich der Beamte mit dem Schulzen des Dorfes, Ernst Schmidt, wegen Zahlung der Entschädigung in Verbindung setzte. Da eine Entschädigung von 2000 Złoty G. überhaupt nicht zu beanspruchen hatte, wandte sich der Schulze persönlich an das Gericht, wo dann einwandfrei nachgewiesen werden konnte, daß G. die Zahlen in dem Urteil gefälscht hatte. Er wurde sofort in Haft genommen und hatte sich jetzt vor der Strafammer des hiesigen Bezirksgerichts wegen Betruges und Urkundenfälschung zu verantworten. Da die Beweisaufnahme die Schulds des Angeklagten vollständig ergab, verurteilte das Gericht ihn zu acht Monaten Gefängnis.

Deutsche Austauschkonzerte in Polen.

Wie wir bereits früher mitteilen konnten, ist es auf Grund eingehender Besprechungen geglückt, eine kulturelle Zusammenarbeit zwischen dem Deutschum Westpolens und Mittelpolens im Bereich der Musikpflege in die Wege zu leiten. Der erste Versuch dieser Zusammenarbeit, die nach und nach einen größeren Rahmen erhalten soll, besteht in zwei Austauschkonzerten, die im April dieses Jahres stattfinden. Den Auftakt zu diesem Austausch auf dem Gebiet des musikalischen Lebens unseres Deutschums bildet eine Reise der Bachvereine aus Posen und Bromberg nach Lódz am 3. und 4. April d. J. Beide Vereine treten in einem großen Bachkonzert in Lódz hervor.

Zum Austausch kommt ein deutscher Männerchor aus Lódz (etwa 60 Sänger) am 17. und 18. April nach Bromberg und Thorn. Dem Chor geht ein guter Auf voraus, zumal das Deutschum in Lódz sich dessen rühmen kann gute Männerchöre zu besitzen. In Bromberg und Thorn sind weitere Kreise für dieses Austauschkonzert interessiert worden, die gleichzeitig die Träger dieser Veranstaltungen sein werden.

Die deutsche Öffentlichkeit sieht diesen Austauschkonzerten mit Spannung entgegen. Es ist zum ersten Mal der Fall, daß zwischen dem Deutschum Westpolens und Mittelpolens auf dem Boden der Musikpflege eine Zusammenarbeit größeren Stils angebahnt worden ist. Die Austauschkonzerte werden zweifellos ein Ereignis in jeder Beziehung sein.

§ Preistafeln aushängen! Wie amtlich mitgeteilt wird, haben durchgeführte Kontrollen ergeben, daß viele Kaufleute der Vorrichtung, die Preistafeln auszuhängen, nicht nachkommen. Wer diese Vorrichtung nicht beachtet, setzt sich der Gefahr einer strengen Bestrafung aus.

§ Der Deutsche Tennis-Club führte gestern in seinem Klubhause die Jahreshauptversammlung durch, die vom Vorsitzenden, Kaufmann Paul Paché, geleitet wurde. Der Genannte erstattete den Jahresbericht, an dem sich die Berichte des Kassenwarts und des Spielwarts anschlossen. Aus den verschiedenen Berichten ergab sich, daß das Jahr 1937 mit den verschiedenen sportlichen und gesellschaftlichen Veranstaltungen des Deutschen Tennis-Club sich würdig denjenigen der Vorjahre anreihlt. Nach dem Bericht und auf Antrag der Kassenprüfer wurde dem Vorstand Entlastung erteilt. Bei der Neuwahl des Vorstandes gingen hervor: Als Vorsitzender Kaufmann Bruno Paché, als Kassenwart Bankbeamter Alois Groß, als Schriftführer Kaufmann Paul Niemeyer, als Spielwart Bankbeamter Bruno Hubert. In den Beirat wurden außerdem gewählt Kaufmann Otto Pefferkorn, Schriftleiter Marian Hepeke und Gymnasiallehrer Hans Michaeli. Zum Schluss wurde darauf hingewiesen, daß das Jahr 1937 rege Turnertätigkeit bringen wird, vor allem wird das Turnier um die Meisterschaft der deutschen Tennisspieler in Polen wieder in Bromberg durchgeführt werden und in den ersten Monaten des Jahres wird der DTC einer Einladung nach Schneidemühl Folge leisten, um dort ein Freundschaftsspiel durchzuführen.

Achtung — Eltern schulpflichtiger Kinder!

Alle schulpflichtigen Kinder, d. h. alle, die bis zum 31. Dezember des laufenden Kalenderjahres 7 Jahre alt werden, müssen zur Schule angemeldet werden. Diese Anmeldung muß im Frühjahr geschehen nicht erst Ende August kurz vor Schulbeginn!

Die Schulbehörde legt die Tage fest, an denen gemeldet werden muß; und nur an diesen Tagen werden die Meldungen angenommen.

In den beiden letzten Jahren fanden die Einschreibungen überall in den ersten Apriltagen statt. Jedesmal wurden die Melddateien erst ganz wenige Tage vorher behördlich bekannt gemacht und deshalb haben nicht wenige deutsche Eltern, die ihre Kinder für eine Schule mit deutscher Unterrichtssprache anmelden wollten, die Frist versäumt. Diese Versäumnisse haben dann Nachteile und Scherereien gebracht. Zum Teil sind solche Terminverkündigungen bereits erfolgt.

Die Vorrichtungen müssen genau beachtet werden.

Der Schulansänger ist zunächst beim Leiter der zuständigen staatlichen Volksschule zu melde; vorzulegen sind Geburts- und Impfschein. Schon bei dieser Meldung muß der Erziehungsberechtigte auch eine schriftliche Erklärung mitbringen des Inhalts, daß das Kind deutscher Nationalität ist und die Privatvolksschule mit deutscher Unterrichtssprache in... besuchen soll. Der Leiter der Staatschule überweist das Kind der Privatvolksschule; er muß auch über die Anmeldung eine schriftliche Bescheinigung aussstellen. Diese Bescheinigung ist dann — immer innerhalb der gesetzlichen Frist — bei der Anmeldung des Schulansängers in der deutschen Privatsschule vorzulegen. Es ist sehr darauf zu achten, daß der Leiter der staatlichen Schule die Bescheinigung wirklich aussellt und den Eltern gleich über gibt; er ist dazu gesetzlich verpflichtet!

Auch ältere Kinder, die bereits eine Schule besuchen und auf eine andere private Volksschule übergehen wollen, müssen im festgelegten Einschreibungstermin umgemeldet werden. Wenn also ein Kind, das die Staatschule besucht, zum neuen Schuljahr auf eine deutsche Privatvolksschule übergehen soll, dann muß der Erziehungsberechtigte die Absicht, sein Kind umzuschulen, zunächst beim Leiter der staatlichen Schule, die das Kind zuvor besucht, melden. Es empfiehlt sich, dabei einen christlichen Antrag zu überreichen. Gleichzeitig erfolgt die Anmeldung des Kindes beim Leiter der Privatvolksschule. Über die Um- und Anmeldungen stellen die Leiter Bescheinigungen aus. — Bissher stand der Umschulung eines Kindes nichts im Wege, wenn der Antrag unter Beachtung der gesetzlichen Vorschriften (also innerhalb des Einschreibetermins) gestellt wurde. — Umschulungen außerhalb des Termins — ausgenommen bei Wohnortwechsel — können nur mit Genehmigung des Schulinspektors erfolgen.

Die Aufnahme eines Schülers in ein Gymnasium hingegen ist an dieses Verfahren und den oben erwähnten Einschreibetermin nicht gebunden. Es genügt, wenn die Eltern ihr Kind etwa Ende Mai (die einzelnen Gymnasien geben ihre Termine in den Zeitungen bekannt) bei dem gewählten Gymnasium anmelden. Nur Eltern mit freiem der (nicht-polnischen) Staatsangehörigkeit sollten diese Anmeldung schon früher vornehmen unter gleichzeitiger Einreichung eines Gesuchs um Zulassung an das Kuratorium über die Direktion des betreffenden Gymnasiums. Annahmen nach der Aufnahmeverprüfung, die in der Regel in den ersten Ferientagen (Ende Juni) stattfindet, oder gar erst nach den Ferien zu Anfang des neuen Schuljahrs sind nur in Ausnahmefällen zulässig. Man tut in jedem der genannten Fälle gut, sich mit der künftigen Schule beizutragen ins Benehmen zu sehen, um über alle Bedingungen (Papiere, vorgegebene Alters, Prüfungsverfahren) genaue Anstöße einzuholen.

Deutsche Eltern! Achtet genau auf die amtlichen Bekanntmachungen! Und haltet Euch genau an die Vorschriften!

§ Identifiziert werden konnte die Leiche einer Frau, die Mitte März in der Nähe der Kabel-Fabrik in Karlsdorf aus der Brahe gezogen worden war. Es handelt sich um die 50jährige Witwe Maria Berndt, Karpacka (Giesebhöhe) 44. Angeblich soll die Frau sich einen Verlust beim Verkauf eines Grundstücks so zu Herzen genommen haben, daß sie Selbstmord beging. Sie war seit dem 11. Januar spurlos verschwunden. — Festgestellt werden konnten die Personalien der weiblichen Person, die in der Nähe der Viktoriabrücke am Dienstag in die Brahe stürzte, wie wir gestern berichteten. Angeblich soll es sich hier um einen Selbstmordversuch aus Liebeskummer handeln. Der Zustand der Getöteten wird als sehr ernst bezeichnet. — Noch immer nicht identifiziert werden konnte die Leiche eines Mannes, die am 15. März in der Nähe der Bernardynka (Kaiserstraße) aus der Brahe geborgen worden war.

§ Die Feuerwehr wurde nach der Wohnung von Stanisław Chojnowski, Bruska (Kongstrasse) 74, gerufen, wo ein Tisch, auf dem Wäsche lag, in Brand geraten war. Der Schaden wird auf 200 Złoty geschätzt, obwohl die Wahr in ganz kurzer Zeit das Feuer löschen konnte.

§ Ein Holzdiele hatte sich in dem 28jährigen Kazimierz Kempinski aus Ugoda, Kreis Bromberg, vor dem hiesigen Burggericht zu verantworten. K. hatte dem Landwirt Josef Olszewski in Ugoda zwölf Stück 2½ Meter lange Eichenbohlen entwendet und diese für sich als Brennholz benutzt. Der Angeklagte bekannte sich nicht zur Schuld, wurde jedoch nach durchgeführter Beweisaufnahme zu sechs Monaten Gefängnis mit zweijährigem Strafausschluß verurteilt.

§ Sein Fahrrad eingebüßt hat Ignacy Juszczak, Inslawska (Dorfstraße) 93, der sein Rad vor einem Lokal in Schlesienau stehengelassen hatte. — Aus dem Korridor eines Hauses wurde ferner dem Josef Raczkowski, Grunwaldzka (Chausseestraße) 114, ein Fahrrad entwendet. Die Diebe konnten in beiden Fällen entkommen.

§ Zu einem Verkehrsunfall kam es am Dienstag nachmittag an der Ecke Aleje Mickiewicza (Bülowstraße) und Danzigerstraße. Dort wurde ein etwa vierjähriger Knabe von einem Motorradfahrer umgefahren. Das Kind erlitt allgemeine Verletzungen, konnte jedoch der häuslichen Pflege überlassen werden. — Zu einem Auto zu sammenstoss kam es in der Nacht zum Mittwoch kurz nach 1 Uhr an der Ecke Sienkiewicza (Mittelstraße) und Bahnhofstraße. Hier stießen zwei Personenautos zusammen, von denen das eine sehr schwer beschädigt wurde.

§ Von einem Falschspieler gerupft wurde der hier wohnhafte Stanisław Korecki. An den Schlägen hatten die Falschspieler ihr zusammenklappbares Tischtchen aufgestellt und darübergehende zu einem Spielen animiert. K., der dem Spiel eine Weile zusah, bekam bald Lust sich an dem Spiel zu beteiligen. Nach anfänglichem Gewinn „wendete“ sich plötzlich das Blättchen und in kurzer Zeit verlor er 39 Złoty. Leider merken die Leute viel zu spät, daß sie Gauner in die Hände gefallen sind. So auch Korecki, K. — nachdem er sein Geld verloren hatte, — sich an die Polizei wandte. Es gelang dieser auch einen dieser Falschspieler, den 50jährigen Marian Zafkowski festzunehmen. Z. hatte sich jetzt vor dem hiesigen Burggericht wegen unerlaubten Glücksspiels zu verantworten. Der Angeklagte bekannte sich zur Schuld und wurde vom Gericht zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt.

Polnische Landarbeiter für Luxemburg.

Wie aus Posen gemeldet wird, ist dort eine Kommission im Auftrage der Luxemburgischen Regierung eingetroffen, die der Präsident der Luxemburgischen Landwirtschaftskammer leitet. Die Kommission hat den Auftrag, Landarbeiter anzuwerben. Es kommen jedoch laut polnischen Anweisungen nur Arbeiter aus den Kreisen Kempen und Ostrów in Betracht. Die ersten 400 angeworbenen Arbeiter werden schon in den nächsten Tagen Polen verlassen.

■ Czorne (Czorne), 31. März. Gestern hielt der Männergesangverein Eintracht im Saale des Herrn Sonnenberg hier selbst seine Frühjahrsgeneralversammlung ab. Vorsitzender Lamprecht erstattete den Jahresbericht, der Schatzmeister den Kassenbericht. Die von der Revisionskommission beantragte Entlastung wurde erteilt. Bei der Wahl wurde zum 1. Vorsitzenden Herr Lamprecht wiedergewählt, zum 2. Vorsitzenden Herr Basche, zum Schriftführer Herr Gursch und zum Beisitzer Herr Bachholz.

■ Czarnikau (Czarnków), 31. März. Die Grenzübergangszeiten für das Sommerhalbjahr sind ab 1. April für Czarnikau wie folgt festgesetzt: Am Wochenenden vormittags von 8—12 Uhr, nachmittags von 15—18 Uhr für Besitzer gewöhnlicher Grenzausweise; für Besitzer der gelben Wirtschaftspapiere ist zur Landarbeit die Grenze von 7—12 Uhr und von 18—20 Uhr geöffnet. An Sonn- und Festtagen kann der Übergang von 8½—9½ Uhr vormittags und von 13—14 Uhr erfolgen.

■ Friedheim (Miałtewko), 30. März. Die Leute drangen in die Wohnung der Witwe Anna Berndt in Friedheim ein und stahlen 592 Złoty Bargeld.

■ Erix (Erynia), 31. März. Bei einem Scheunenbrand in Zaleste am 9. März wurde die verkahlte Leiche einer männlichen Person gefunden. Es handelt sich dabei um den 26jährigen Schlosser Edmund Okoniewski, dessen Ehefrau mit zwei Kindern bei ihren Eltern in Erix Unterfunk hat. Okoniewski wohnte früher in Bromberg, zog dann nach Erix, wo er erkrankte und infolge eines Leidens arbeitsunfähig wurde. An dem kritischen Tage überstande er seiner Frau noch 4 Złoty. Bissher konnte nicht festgestellt werden, ob er zufällig in den Flammen umkam, oder ob er in der Verzweiflung auf diese Weise Selbstmord verübt.

■ Wirsitz (Wyrzysk), 31. März. Sein 25jähriges Dienstjubiläum kann der Nachtwächter der Stadt Wirsitz, Januszki in den ersten Tagen des Monats April feiern.

Aus Kongresspolen und Galizien.

Warschau trank in einer Woche

für 2 Millionen Złoty Alkohol.

Während der Osterfeiertage hat die Bevölkerung von Warschau 40 000 Liter Schnaps und andere Alkoholgetränke konsumiert. Von 22. bis zum 27. März wurden in Warschau den Monopolgeschäften und Restaurants Erzeugnisse des Spiritusmonopols für insgesamt 2 Millionen Złoty geliefert.

Wasserstandsnachrichten.

Wasserstand der Weichsel vom 1. April 1937.

Krakau — 1,87 (+ 1,58), Rawitsch — 2,55 (+ 2,59), Warschau + 1,04 (+ 3,12), Plock + 3,36 (+ 3,47), Thorn + 4,48 (+ 4,29), Jordan + 4,20 (+ 4,04), Culm + 4,10 (+ 3,90), Graudenz + 4,22 (+ 4,09), Rurzebrze + 4,47 (+ 4,16), Riedel + 4,42 (+ 4,31), Dirichau + 4,50 (+ 4,40), Einlage + 3,34 (+ 3,46), Schleidenhorst + 3,08 (+ 3,10). (In Klammern die Meldung des Vorjahrs.)

Chefredakteur: Gotthold Starke; verantwortlicher Redakteur für Politik: Johannes Krause für Handel und Wirtschaft: Arno Ströbe für Stadt und Land und den übrigen unpolitischen Teil: Maria Heike; für Anzeigen und Reklame: Edmund Pragaodaki; Druck und Verlag von A. Dietmann & Co. o. v. sämtlich in Bromberg.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten einschließlich Unterhaltungsbeilage „Der Hausfreund“

Ihre Vermählung geben bekannt
Bernard Lemańczyk
u. Frau Margot geb. Pflaum
Gleichzeitig herzl. Dank für erwiesene
Aufmerksamkeiten.
Bydgoszcz, den 30. März 1937. 1388

Händelstürse
Neuzt. Buchführung,
"Definitiv", 2689
sowie Stenographie
und Schreibmaschine
G. Vorreau,
Bydgoszcz. M. Focha 10.

**Markisen-
Stoffe**
Möbel - Stoffe
Erich Dietrich
Bydgoszcz, Gdanska 78.
Telefon 3782. 8107

Stellengefahre

Suche v. sofort, od. später
Elevenstelle
auf groß. Gute, 1 Jahr
auf mittl. Gute tät. ge-
wiesen. Gute Zeugn. u.
Empf. vorh. Bis 23 J.
eval. d. poln. Spr. m.
Off. u. G. 2884 an die
Geschäftsstelle d. Ata.

Geldmarkt
15 000.— I.-stellige
**Abzahlungs-
Hypothek**
mit 25% Damno zu ver-
kaufen od. Tauschhyp.
Deutschland. Spode,
Zoppot, Haffnerstr. 2938

Zinnaer Manr aus d.
Betreibedebanche
sucht Stellung auch in
anderem Fach. Offert,
unter G. 2882 an die
Geschäftsstelle der Disch.
Rundschau erben.

Offene Stellen

a. d. Kolonialwarenbr.
sucht von sofort. Stellung.
Offerter unter G. 1376

Gehilfe
a. d. Kolonialwarenbr.
sucht von sofort. Stellung.
Offerter unter G. 1376

Förster
oder Hilfsförster
eventl. als
Weinmädchen

in bess. Haufe z. 15. 4.

Off. unt. G. 1289 an die

Deutsche Rundschau".

J. Kaufmann

der Kolonialwaren- u.
Drogenbranche sucht

Stellung. Gute Zeugn.

niße. Ration vorhand.

Gepl. Angeb. u. G. 2666

a. d. Geschäft d. Zeitg. erb.

J. eval. Mädel

26 J. alt, sucht von sofort

Stellung. Gute Zeugn.

niße. Ration vorhand.

Gepl. Angeb. u. G. 1373

a. d. Geschäft d. Zeitg. erb.

Boli dreierter

Schäferhund

oder

Dobermann

zu kaufen gesucht.

Angebote mit Preis-

angabe an

B. Lehmann,

Wola Bledowa,

p. Stryków, k. Łódź.

Deutsche Dogge

Hündin, und Junge

zu verkaufen.

Auch die

kleinste Anzeige

hat Erfolg.

denn sie wird in der

Deutschen Rundschau

in Polen von vielen

Tausenden gelesen!

Es ist darum besser

eine kleine, als keine

Anzeige aufzugeben.

Kaufmann, Getreide,

Futtermittel, Bau- u.

Brennmat., Dünge- u.

w. 28 J. engl. led.

militärfr., zweisprach.

mit amerit. Buchführ.

vertr., bish. i. Genossen-

schaft tätig, sucht sich zu

verändern. Offerter unter

G. 1299 an die G. d. Ztg.

Teppiche

Läufer, Kokos-Er-

zeugnisse, Wachstuch,

Linoleum, billig.

M. Schmolke,

Bydgoszcz, Jezuicka 22

Tel. 1301. 2907

Un- u. Verläufe

Sakarpfen

ein- u. zweilömmiger,

verkauft am 9. und 10.

April an den Leichen

gegen bar, solange Vor-

rat reicht

Johann Böttner,

Stawisz, Poł. Dąbrowa,

vow. Kościerzyna.

Grundstück

11 Morg., zu verkaufen.

Offerter unter G. 1379.

a. d. Geschäft d. Zeitg. erb.

Landwirtschaft

von 50 Mg. Mittelbod.

u. 12 Mg. Nezewiesen,

2 Wohnhäusern, sowie

lebend. u. tot. Invent.

billig zu verkaufen od.

gegen ein Haus in Byd-

goszcz zu vertauften.

H. Neugebauer,

geb. Hiller, tabizj.

Rown Rynek 4. 1272

Gärtner

engl., 28 J. alt, ledig, 10

Jahre Praxis, 3 Jahre im

groß. Handelsgärtner, als

erster Gehilfe gearbeit.

sucht Stellung. Offerter

unter G. 1299 an die

Geschäftsst. d. Zeitg. erb.

Gärtner

engl., 28 J. alt, ledig, 10

Jahre Praxis, 3 Jahre im

groß. Handelsgärtner, als

erster Gehilfe gearbeit.

sucht Stellung. Offerter

unter G. 1299 an die

Geschäftsst. d. Zeitg. erb.

Gärtner

engl., 28 J. alt, ledig, 10

Jahre Praxis, 3 Jahre im

groß. Handelsgärtner, als

erster Gehilfe gearbeit.

sucht Stellung. Offerter

unter G. 1299 an die

Geschäftsst. d. Zeitg. erb.

Gärtner

engl., 28 J. alt, ledig, 10

Jahre Praxis, 3 Jahre im

groß. Handelsgärtner, als

erster Gehilfe gearbeit.

sucht Stellung. Offerter

unter G. 1299 an die

Geschäftsst. d. Zeitg. erb.

Gärtner

engl., 28 J. alt, ledig, 10

Jahre Praxis, 3 Jahre im

groß. Handelsgärtner, als

erster Gehilfe gearbeit.

sucht Stellung. Offerter

unter G. 1299 an die

Geschäftsst. d. Zeitg. erb.

Gärtner

engl., 28 J. alt, ledig, 10

Jahre Praxis, 3 Jahre im

groß. Handelsgärtner, als

erster Gehilfe gearbeit.

sucht Stellung. Offerter

unter G. 1299 an die

Geschäftsst. d. Zeitg. erb.

Gärtner

engl., 28 J. alt, ledig, 10

Jahre Praxis, 3 Jahre im

groß. Handelsgärtner, als

erster Gehilfe gearbeit.

sucht Stellung. Offerter

unter G. 1299 an die

Geschäftsst. d. Zeitg. erb.

Gärtner

engl., 28 J. alt, ledig, 10

Jahre Praxis, 3 Jahre im

groß. Handelsgärtner, als

erster Gehilfe gearbeit.

sucht Stellung. Offerter

unter G. 1299 an die

Geschäftsst. d. Zeitg. erb.

Gärtner

engl., 28 J. alt, ledig, 10

Jahre Praxis, 3 Jahre im

groß. Handelsgärtner, als

erster Gehilfe gearbeit.

sucht Stellung. Offerter

unter G. 1299 an die

Geschäftsst. d. Zeitg. erb.

Gärtner

engl., 28 J. alt, ledig, 10

Jahre Praxis, 3 Jahre im

Bromberg, Freitag, den 2. April 1937.

Pommerellen.

1. April.

Nicht „Grenzzone“ sondern „Grenzstreifen“.

Wir gaben in Nr. 73 vom 1. April die Verfügung wieder, die der Wojewode von Pommerellen in Ausführung der Verordnung des Staatspräsidenten über die Staatsgrenzen erlassen hat. In der Verfügung wird die Linie gezogen, „die das Grenzgebiet vom übrigen Staatsgebiet trennt“. Durch diese Definition konnte die Ansicht entstehen, daß hier die Linie der Grenzzone gemeint sei. In Wirklichkeit aber handelt es sich um den zwei bis sechs Kilometer breiten Grenzstreifen, in dem die am 22. April d. J. in Kraft tretenden verschärften Bestimmungen über den Aufenthalt, den Verkehr, den Besitz und Gebrauch von Feuerwaffen, Photo- und sämtlichen Apparaten, durch welche eine Fernverständigung möglich ist, und verschiedene weitere Beschränkungen Anwendung finden, die in Nr. 69 der „Deutschen Rundschau“ vom 25. März d. J. aufgezählt werden sind. Wir bitten daher unsere Leser, in dem Artikel „Die Grenzzone in der Wojewodschaft Pommerellen“ eine entsprechende Korrektur vornehmen zu wollen.

Wir haben bereits in Nr. 69 der „Deutschen Rundschau“ vom 25. März eine Verfügung des Wojewoden von Pommerellen (in Nr. 6 des Pomorskie Dziennik Wojewodzki vom 10. März) veröffentlicht, in der die Ortschaften und Siedlungen des Grenzstreifens von Pommerellen näher bezeichnet waren. Unsere letzte Veröffentlichung vom 1. April behandelt ebenfalls diesen Grenzstreifen (und nicht die weitere Grenzzone); sie beschreibt aber nur die innere Grenzlinie des Grenzstreifens, welche die in der ersten Veröffentlichung vom 25. März bezeichneten Ortschaften und Siedlungen einschließt.

Die Grenzzone ist bekanntlich das Gebiet, das sich aus den Kreisen zusammensetzt, die an der Landesgrenze liegen. Falls die Grenzzone dadurch eine Breite von 30 Kilometern nicht erreichen sollte, so werden in die Grenzzone die Gemeinden der benachbarten Kreise miteinbezogen, deren Gebiet ganz oder teilweise in einer Entfernung von 30 Kilometern von der Grenze liegt.

Graudenz (Grudziadz)

Die blutigen Vorfälle,

die sich am 7. Februar d. J. vor dem „Dom Żołnierza“ (Soldatenhaus) zutrugen, bilden den Gegenstand einer für heute (Donnerstag) anberaumten Verhandlung vor dem Bezirksgericht. Wie erinnerlich, fand am genannten Tage in dem erwähnten Lokal ein Vergnügen des Vereins der Reserveunteroffiziere statt. Gegen 4 Uhr früh versuchten einige ungebettete Gäste in den Saal hineinzugelangen. Obwohl ihnen aufs entschiedenste der Zutritt verboten wurde, beharrten die Ankommenden auf ihrem Vorhaben. Dabei kam es unter ihnen selbst zu Zwistigkeiten. Von Worten ging man zu Tätilichkeiten über, die derart heftige Formen annahmen, daß drei Personen erheblich, drei andere leicht verletzt wurden. Die Schwerverletzten fanden im Krankenhaus Aufnahme, und der Rest der Störenfriede und Messerhelden wurde von der Polizei festgenommen. Von den Schwerverletzten starb einer bald nach dem Geschehnis: der 21jährige Bäckerjunge Henryk Romanowski.

Auf der Anklagebank sitzen folgende Personen: Zygmunt Antoniowski, Altestraße (Prz. Mostostrojki) 16, sein Bruder Jan A., Mieczysław Kuczyński, Oberthornerstraße (Sko. Maja) 8, Szczepan BojarSKI, Schlossbergstraße (Biskowa) 18 b und Franciszek Szczęsler, Kasernenstraße (Pulaskiego) 21. Alle Angeklagten befinden sich in Untersuchungshaft.

* Von der Kriminalpolizei, Rathaus, Zimmer Nr. 108, kann abgeholt werden eine mattrot gefärbte Dezimalwaage mit Gewichten, die aus einem Diebstahl stammt und beschlagnahmt worden ist.

* Brand. Auf dem Gehöft des Landwirts Fialowski in Borkwinkel (Rydkaty) brach am Dienstag gegen 8.30 Uhr Feuer aus. Das Grundstück ist an den Landwirt Bernard Zurawski verpachtet. Es verbrannten eine mit Pappe gedeckte hölzerne Scheune, der Stall und der Giebel des Wohnhauses. Mitverbrannt sind 4 Tücher Stroh, eine Häckselmaschine, eine Dreschmaschine und eine Walze, die Eigentum des Pächters waren. Außerdem gingen zwei Strohshöfe in Flammen auf. Der Schaden beläuft sich auf 6000 Zloty. Gebäude usw. waren versichert. Die Brandursache konnte nicht festgestellt werden.

* Einbrüche und Diebstähle. Im Hause Gartenstraße (Ogrodowa) 33 wurden aus der Grismacherischen sowie der Narancschen Wohnung Schmuckfachen und andere Gegenstände im Werte von 170 bzw. 75 Zloty mittels Einbruchs entwendet. Weiter sind bestohlen worden Anna Grajewska, Piastowskistraße 96, um eine Pumpe vom Hof im Werte von 100 Zloty, sowie Feliks Barzewski, Kasernenstraße (Pulaskiego) 8, um Ziegel aus seiner Heimstätte im Werte von 30 Zloty.

* Wegen Körperverletzung stand der 24jährige Büroangestellte Bronisław Pacakowski, z. B. beim Militär, vor Gericht. Am 4. Januar traf er auf dem Getreidemarkt (Plac 23-go Stycznia) den 56jährigen Marian Kuczyński einen jüdischen Graudenzer Bewohner. Zwischen ihnen kam es zum Streit, bei dem P. seinen Gegner mit der Faust ins Gesicht schlug, so daß, wie dieser erklärte, ihm das Blut aus den Augen geflossen sei. Er ist 21 Tage in ärztlicher Behandlung gewesen. Die Veranlassung des Konflikts bildete, wie der Angeklagte aussagte, ein vorhergegangener tödlicher Angriff mit dem Kaczyński'schen Sohne. Das Gericht erkannte auf 8 Monate Gefängnis mit fünfjähriger Bewährungsfrist.

Thorn (Toruń).

* Der Wasserstand der Weichsel nahm in den letzten vergangenen 24 Stunden weiterhin um 20 Centimeter zu und betrug Mittwoch früh am Thorner Pegel 4,29 Meter über Normal. Die Wassertemperatur beträgt etwas über 8 Grad Celsius. — Im Weichselhafen trafen ein die Schlepper „Minister Lubęcki“ mit einem mit Sammelgütern beladenen und einem leeren Kahn aus Brahmünde, „Wanda I“ mit einem Kahn mit Sammelgütern bzw. Palmlaternen und Sojabohnen sowie „Spółdzielnia Wita“ mit einem Kahn mit Sammelgütern aus Danzig, ferner „Gdańsk“ ohne Schlepplast aus Warschau. „Minister Lubęcki“ dampfte mit je einem mit Zucker und Sammelgütern beladenen Kahn nach Warschau ab. Den fahrplanmäßigen Passagier- und Güterdienst zwischen der Hauptstadt und Danzig bzw. umgekehrt verfahren die Dampfer „Mars“ und „Astranty“ bzw. „Mickiewicz“.

* Apotheken-Nachtdienst von Donnerstag, 1. April, abends 7 Uhr, bis Donnerstag, 8. April, vormittags 9 Uhr einschließlich, sowie Tagesdienst am Sonntag, 4. April, hat die „Adler-Apotheke“ (Apteka pod Orłem), Altstädtischer Markt (Rynek Staromiejski) 4, Berufssprecher 1007.

t Standesamtliche Nachrichten. In der Zeit vom 22. bis 29. März gelangten beim Thorner Standesamt zur Anmeldung und Registrierung: 32 eheliche Geburten (12 Knaben, darunter einmal Zwillinge, und 20 Mädchen) sowie 3 außereheliche Geburten (Mädchen), ferner 21 Todesfälle (15 männliche und 6 weibliche Personen), darunter 3 Personen im Alter von über 60 Jahren sowie 7 Kinder im ersten Lebensjahr, unter denen sich auch die Zwillinge befanden, die nur 6 Stunden gelebt haben. In demselben Zeitraum wurden 14 Eheschließungen vollzogen.

* Das Schulinspektorat in Thorn gibt bekannt, daß die Anmeldungen und Einschreibungen für öffentliche und private Volkschulen für das Schuljahr 1937/38 in der Zeit vom 4. bis 7. April d. J. erfolgen müssen. Der Neueinschulung unterliegen alle im Jahre 1930 geborenen Kinder. Bei der Anmeldung sind vorzulegen: Geburtschein des Kindes und Impfschein.

t Eingestellt wurde mit dem 31. März d. J. die Anlage von Mittagessen durch die Caritas-Volksküche in Thorn.

* Ein schwerer Straßenunfall ereignete sich Mittwoch vormittag gegen 10.45 Uhr an der Ecke Altstädtischer Markt und Seglerstraße (Rynek Staromiejski und ul. Zeglarska). Durch ein von einem Soldaten des 8. Panzerbataillons gesteuertes Auto wurde hier die vier Jahre alte Janina Mierzejewska, deren Eltern in der ul. Zeglarska 2 wohnen, überfahren. In sehr bedenklichem Zustand wurde das Mädchen in das Militärspital eingeliefert. Zwecks Klärung der Schuldfrage ist eine Untersuchung im Gange.

t Der tägliche Diebstahl. Aus dem Restaurant „Zur blauen Schürze“ (Modry fartuch) am Rynek Nowomiejski (Altstädtischer Markt) wurden außer zwei Trauringen einige Flaschen Spirituosen sowie Zigaretten im Gesamtwerte von ungefähr 100 Zloty gestohlen.

* Ein Zusammenstoß zwischen einem aus der Wojewodschaft Posen stammenden Kraftwagen und einem Motorwagen der Straßenbahn ereignete sich Mittwoch vormittag an der Ecke Rynek Nowomiejski und ul. Prosta (Altstädtischer Markt und Gerechtsame). Er verlor rechts glimpflich, indem nur ein Kotflügel des Autos eingedrückt wurde.

Zehnjahresplan der Stadt Stargard.

Auf der letzten Stadtverordnetenversammlung hat Bürgermeister Gesski einen Arbeitsplan vorgelegt, der für einen Zeitraum von zehn Jahren gedacht ist und eine Reihe wichtiger Investitionsarbeiten umfaßt. Nachstehend geben wir einen Überblick über die Kernstücke des städtischen Arbeitsprogramms. Innerhalb des Verwaltungsaufbaus soll vor allem eine Neorganisation des Bureauwesens durchgeführt werden. Die räumlichen Schwierigkeiten machen eine Aufstockung des Rathauses spätestens im Jahre 1939 notwendig. Im ersten Stockwerk würde dann ein Sitzungssaal entstehen; der bisherige Sitzungssaal in der Lubichowskastraße könnte den örtlichen Jugendorganisationen als Versammlungsraum zur Verfügung gestellt werden. Das städtische Vorwerk Korytyba soll zum Teil angeforstet, das vorhandene Ackerland und die Wiesen sollen drainiert werden. Ebenso notwendig wird die Nutzbarmachung der Wiesen und brachliegenden Ländereien an der Ferse oberhalb der Stadt. Für die in den Baracken an der Danzigerstraße wohnenden 105 Familien müssen menschenwürdige Wohnungen in Form von Siedlungshäusern geschaffen werden. Als Arbeiterkolonie ist das Gelände an der Lubichowskastraße vorgesehen. Im Rahmen des städtischen Ausbauplans müssen in den nächsten Jahren Straßenregulierungsarbeiten in einer Länge von 18,8 Kilometern und Pflasterungsarbeiten in einer Länge von 17,4 Kilometern durchgeführt werden. Notwendig wird vor allem auch der Bau einer neuen Volksschule in der Danzigerstraße (neben der Staroste). Außerdem sind vorgesehen: Bau einer Badeanstalt, Anlage eines neuzeitlichen Sportplatzes, Bau eines Altenheims, Regulierung des Flussbettes der Ferse und Errichtung eines neuen Feuerwehrdepots. Auch bei den städtischen Betrieben sollen verschiedene Neuerungen durchgeführt werden. In Aussicht genommen wird hier der Ausbau des Fürstengehofs in der Lubichowskastraße, Erweiterung des Krankenhauses und des Schlachthauses, Bau einer Markthalle, Pflasterung des Viehmarkts, Fortsetzung der Kanalisationsarbeiten, Erweiterung des Gas- und Wasserleitungssystems, Elektrifizierung der neuerrichteten Straßen und Siedlungen. Schließlich soll auch die Fertigstellung der neuen katholischen Kirche weitgehend gefördert werden. Die Aussprache über den Arbeitsplan des Bürgermeisters beginnt auf der nächsten Sitzung des Stadtparlaments.

Br. Aus dem Seekreise, 31. März. Im Arbeitergästehof in Grabau hatte sich der Arbeiter Jan Nikiel eingekwartiert. Um sich Geld zu verschaffen, machte er sich an eine gewisse Okonowska aus Kobierzyne und deren Mutter Pauline Klebba heran und erzählte ihnen freudestrahlend, daß er von einem reichen Verwandten in Amerika 200 000 Zloty geerbt hätte. Er versprach den Frauen hier von einer annehmbaren Summe abzugeben, wenn sie ihm die Mittel zur Deckung der Kosten für die Abhebung des Geldes leihen wollten. Die Frauen waren leichtgläubig und übergaben ihm 86 Zloty. Nach einigen Tagen kam der Schwindel heraus und die Betrogenen machten bei der Polizei Anzeige, die den Betrüger verhaftete.

* Löbau (Lubawa), 31. März. Gestern nach gegen 1½ Uhr brach auf dem Grundstück von Jadwiga Ballul in Nowydwor hiesigen Kreises aus noch ungeklärter Ursache ein Brand aus. Den Flammen fielen Scheune und Wagenschuppen nebst landwirtschaftlichen Maschinen, Gerätschaften und Stroh zum Opfer. Infolge Abwesenheit der Besitzerin konnte die Höhe des Schadens noch nicht festgestellt werden und ebenso ist es unbekannt, ob er durch Versicherung gedeckt ist.

Br. Neustadt (Wejherowo), 31. März. Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß die Anmeldungen für die Deutsche Privatschule in Neustadt, für das Schuljahr 1937/38, in der Zeit vom 5. bis 8. April erfolgen müssen. Dem Schulleiter ist bei der Anmeldung der Lernanfänger eine Bescheinigung für die erfolgte Meldung in der staatlichen Volksschule vorzulegen. Amitsunden von 9 bis 13 Uhr.

Br. Pułzig (Pułk), 31. März. Im Rathaus in Pułzig ist zum 3. April, vormittags 9 Uhr, ein Termin anberaumt, an dem die der Stadt, bei Sellstrau und Polzin, gehörenden 358 Morgen Ackerland auf 12 Jahre öffentlich meistbietend verpachtet werden. Die Pachtbedingungen werden vor dem Termin bekanntgegeben.

* Strasburg (Brodnica), 31. März. Ein mehrhööriger Raubüberfall wurde am Ostermontagabend in Niewierz hiesigen Kreises verübt. Gegen 9 Uhr sprachen in der Wohnung des greisen Landwirtschaftspaares Włodzimierz und Julianne Barczewski, 78 und 83 Jahre alt, zwei Männer um Brot vor. Nachdem sie dies an Ort und Stelle verzehrt hatten, boten sie noch um Geld, das ihnen aber nicht gegeben wurde. Sie gingen dann fort, kamen aber nach einer Viertelstunde wieder und forderten nun energisch, daß ihnen Geld gegeben würde. Dabei blieb der eine Kerl, mit einem offenen Messer in der Hand, an der Tür stehen und hinderte so den Greis, ins Freie zu gelangen und Hilfe herbeizuholen. Da die alten Leute sich nun nicht anders helfen konnten, mußten sie mit ihrem Geld herandrücken. Als Jan B. sich an einen Schrank begab und die dort in einem Glase aufbewahrten 40,79 Zloty herausnahm, riß ihr der eine das Geld aus der Hand. Dann eigneten sich die Banditen noch andere Sachen an und warnten die alten Leute, irgendeinem etwas von dem Vorgefallenen zu sagen, da sie nochmals nach Wäsche wiederkommen würden! B. setzte sich aber sofort durch Fernsprecher mit der hiesigen Polizei in Verbindung und benachrichtigte auch seinen Nachbarn, der sich mit der Polizei auf die Suche begab. Es glückte den Verfolgern, die Täter in einer nur drei Kilometer entfernten Gastwirtschaft in Mszanie ausfindig zu machen und zu verhaften. Dabei konnte ihnen die gesamte Beute wieder abgenommen werden. Beide Verbrecher, der 20 Jahre alte Włodzimierz Grzymaczewski und der um 4 Jahre ältere Józef wurden sofort in Untersuchungshaft genommen.

sd. Schöne (Skarżewy), 1. April. In der Nacht zum 2. Osterfeiertag drangen Diebe in die Wohnung des Pfarrers Klink, indem sie die Scheiben zur Veranda und von dort zur Wohnung herausbrachen. Die Einbrecher raubten einen Pelz und einen Stock mit silberner Krücke. Der Wohnungsinhaber wurde auf die Einbrecher aufmerksam und hinderte sie an der weiteren Plünderei.

v. Landsberg (Wieckow), 31. März. Ein Unfall ereignete sich beim Landwirt A. Kotlik in Pempersin. Beim Dreschen schauten die Pferde und rasten mit dem Röhrwerk los, wobei der Dreschkahn derartig in Schwung kam, daß er in Stück zersprang. Hierbei wurde A. von einem Stück Eisen am Kopf getroffen, so daß er auf einige Zeit die Sichtung verlor. Die anderen in der Scheune Anwesenden kamen mit dem bloßen Schrecken davon.

In einer der letzten Nächte wurden dem Landwirt Quast in Sitno zwei Schweine aus dem Stall gestohlen. Ebenfalls wurden in letzter Zeit im selben Ort mehrere Landwirte durch Diebstähle heimgesucht.

v. Tempelburg (Sepólno-Kraińskie), 31. März. Laut Veröffentlichung in Nr. 69 des „Monitor Polskie“ vom 25. März d. J. ist der Name unserer Stadt von Sepólno in „Sepólno-Kraińskie“ umgeändert worden.

Ein Feuer entstand an einem der letzten Abende in der Werkstatt des Pantoffelmachers Sieg. Dank des eingeschlagenen Eingreifens der Feuerwehr konnte der Brand bald lokalisiert und somit ein größerer Schaden verhindert werden.

Thorn.



Haus- und Küchen-Geräte

Falarski i Radaika
Nowy Rynek 10 Toruń Tel. 2461.

Das Ordenskreuz

Thorner Heimat-Zeitung

Die März-Nummer 6 ist eingetroffen und enthält eine Illustrierte Beilage. Preis 60 gr. bei Polterwand 70 gr. 273

Justus Wallis, Toruń, ul. Szerolska 34

Tel. 1469. Schreibwarenhaus. Tel. 1469.

Frühjahr - Neuheiten

Hebamme erteilt Rat für Kleider, Komplets sowie sämtl. Schnitt- und Kurzwaren empf.

P. Składanowski, Toruń, Stary Rynek 24.

1540

Auspolsterungen

Neuan. v. Sofas, Matratzen, Anbringen von Gardinen u. Matratzen, Komme n. außerhalb.

Schulz, Tapet.-u. Dekorateur-Meister, Magdeburg 15.

2528

Möbl. Zimmer (mit Küchenbenutz.) s. verm. Grudziądzka 35.

2035

Gardzielewski, Sobieskiego 13, Tel. 1433

Gardzielewski, Sobieskiego 13, Tel. 1433

2035

Kirch. Nachrichten.

Sonntag, d. 4. April 1937

(Quasimodogenitii).

* bedeutet anschließende Abendmahlsteier.

Altstadt. Vormittags 10½ Uhr Gottesdienst, danach Kindergottesdienst.

St. Georgen - Kirche. Vorm. 9 Uhr Gottesdienst.

Podgorz. Vormittags 9 Uhr Gottesdienst, um 10 Uhr Kindergottesdienst, nachm. 3 Uhr Jungmädchenstunde.

Rudaw. Vorm. 11 Uhr Gottesdienst.

Rogaw. Vorm. 9 Uhr Gottesdienst.

Steinau. Vorm. 11 Uhr Gottesdienst.

Grob Bösendorf. Um 10 Uhr vormittags Hauptgottesdienst, vorm. 11½ Uhr Kindergottesdienst, um 2 Uhr nachm. Versammlung der Jugend.

Graudenz.

3 Zimm.-Wohnung parterre, zu verm. 2941

Maraua, Radgorna 54.

Kirch. Nachrichten.

Sonntag, d. 4. April 1937

(Quasimodogenitii).

Nebden. Vorm. 10 U. c Kindergottesdienst.

Russisch-litauische Zusammenarbeit

zum Schaden Polens.

Wir lesen im „Lettner Voranze“ (Nr. 87 vom 30. März):

Die litauisch-sowjetrussische Zusammenarbeit datiert nicht von heute. In der Zeit, da die Truppen der Roten Armee an der ganzen Front im Juli 1920 zur Offensive übergingen, gingen in Moskau die litauisch-sowjetrussischen Verhandlungen über einen Friedensvertrag, ihrem Abschluß entgegen, der um so eigenartiger war, als beide Partner im Art. 16 feststellten, daß sie sich niemals miteinander im Kriegszustand befunden hätten. Auf Grund dieses Vertrages erkannte die Sowjetunion die Unabhängigkeit der Litauischen Republik an und setzte die litauisch-sowjetrussische Grenze fest. Diese Grenze sollte auf estnisch nicht litauischen Gebieten verlaufen, da sie durch ihreziehung im Suwalki-Gebiet ein Territorium berührte, das durch die Entscheidung der Großmächte für unstrittig zu Polen gehörig anerkannt war. Als Gegenleistung verpflichtete sich Litauen, den Durchmarsch der Roten Truppen durch das ihm zugestandene Gebiet und seine teilweise Beziehung für die Operationen gegen Polen zu gestatten. Dieses Abkommen entschied von vornherein die Einstellung Litauens in einem polnisch-sowjetrussischen Kriege.

Die Mitarbeit Litauens mit der Sowjetunion kam auch in einer anderen Form zum Ausdruck und zwar in aktiver Handlungen litauischer Abteilungen gegen die polnischen Truppen in der Zeit ihres Rückmarsches, was die Führer der bolschewistischen Kriegseinheiten wie Tschatschewski, Siergiejew, Gajchan und andere festgestellt haben. Von den damaligen Handlungen Litauens zugunsten der Sowjettruppen ist der freie Durchmarsch derjenigen Abteilungen durch litauisches Gebiet zu erwähnen, die nach der Warschauer Schlacht außerhalb der Grenzen Ostpreußens Schutz gesucht hatten. Die Zusammenarbeit in der Taktik und Operation entwickelte sich in vollem Ausmaß. Auf den durch den Moskauer Vertrag Litauens anerkannten Gebieten entstand etwas in der Art einer gemeinsamen litauisch-sowjetrussischen Herrschaft. Wie sich aus alledem ergibt, war der sowjetrussisch-litauische Vertrag vor allem gegen Polen gerichtet und beeinflußte seine Interessen im Osten. Der „treue Bundesgenosse“ zögerte nach dem verlorenen Krieg nicht, einen Strich durch seine Unterschrift auf dem Vertrag zu machen und auf alle Ansprüche auf die zuvor an Litauen abgetretenen Gebiete zugunsten Polens zu verzichten. Aus diesem Sachverhalt haben es die Litauer nicht für angezeigt gehalten, die richtigen Schlüsse zu ziehen. Im gegenwärtigen Augenblick stehen wir abermals vor der Tatsache einer engen litauisch-sowjetrussischen Zusammenarbeit. Die Sowjetunion hat entgegen der in die Augen fallenden Ungleichmäßigkeit der Partner mit Litauen keinen gegenseitigen Hilfspakt abgeschlossen, da ein solcher Pakt für Litauen mit Rücksicht auf Lettland und Estland als Partner im Baltischen Dreibündnis unbedeckt wäre, da er die litauischen Absichten allzu deutlich demaskieren würde. Doch das Fehlen eines solchen Paktes ändert nichts an der Sache selbst. Offenbar stehen die Bolschewisten auf dem Standpunkt, daß die Lage in Litauen derart sicher ist und daß sie in Litauen einen derart erprobten und treuen Partner haben, daß ein gegenseitiger Hilfspakt überflüssig ist, und daß sie ohne jedes Risiko für sich auf dem Gebiet Litauens die künftige Operationsbasis vorbereiten können.

Es ist allgemein bekannt, daß die neu entstehenden Flugplätze und Kasernen, die für eine sehr große Zahl von Truppen berechnet sind, für sowjetrussisches Geld und nach den Welsungen sowjetrussischer Spezialisten gebaut worden sind. Nicht unbekannt ist es auch, daß in Litauen ständig eine Kommission technischer Berater aus der Sowjetunion amtiert, die eine systematische Kontrolle der neu erbauten Objekte durchführen. Im Gegensatz zu dem Höflichkeitsbesuch in Estland und Lettland wurde der dreitägige Aufenthalt des Marschalls Jegorow in Litauen nicht allein für sachliche-technische Beratungen ausgenutzt. Marschall Jegorow nahm Besichtigungen der geleisteten Arbeiten vor und legte sich keinen Zwang bei der Unterstreicherung der Rolle auf, die ihm aus dem Titel der in der Sowjetunion eingenommenen Stellung zufiel. Der militärische Vorbeimarsch am Nationalfeiertag Litauens, dem Marschall Jegorow bewohnte, war aus diesem Grunde auf eine besondere breite Straße ausgeschmückt. Es fand eine Schau der technischen Truppen, der Einheiten von Tanks und Panzerautos, sowie von zwei Flugzeuggeschwadern statt, — all diese technischen Waffen waren sowjetrussischen Ursprungs. Zweifellos wollten die Werte auf diese Weise die Bedeutung dokumentieren, die sie der Mitarbeit der Sowjetunion beimesen, und dem Generalstabchef der Roten Armee den Aufenthalt so angenehm wie möglich machen.

Die litauisch-sowjetrussische Zusammenarbeit bildet einen ersten Riß in der Kette der Staaten, die eine gemeinsame Grenze mit der Sowjetunion haben und deren Streben darauf gerichtet ist, den Frieden und das Gleichgewicht im Osten Europas aufrecht zu erhalten.

Das „Wunder an der Weichsel“.

Ein Urteil des Generalfeldmarschalls von Blomberg.

Die bekannte Wilnaer Zeitung „Slowo“ druckt in der Nr. 77 das Vorwort ab, das Generalfeldmarschall von Blomberg für den in der Essener Verlagsanstalt erschienenen zweiten Band der Erinnerungen des Marschalls Piłsudski geschrieben hat. In ihm stellt der Reichskriegsminister u. a. fest, daß dem Siege des polnischen Heeres vor Warschau und seinem großen Führer weltgeschichtliche Bedeutung zukomme, da Polen damit Europa und besonders Deutschland vor dem Zusammenbruch bewahrt und in entscheidender Weise zur Erhaltung der gesamten abendländischen Kultur beigetragen habe. Aus den weiteren Ausführungen geht unzweideutig hervor, daß der Sieg über die Bolschewisten im Jahre 1920 lediglich dem Genie des Feldherrn Piłsudski zu verdanken gewesen sei.

Diese Feststellung ist deshalb interessant, weil der Sieg von 1920 auch heute noch in Polen oft auf das Konto französischer Stabsoffiziere gebucht wird.

Was das genannte Wilnaer Blatt mit dem Abdruck der Vorrede Blombergs bezweckt, geht aus seiner Stellungnahme hervor, in der es sich gegen falsche Propheten im eigenen Lande wendet. Es heißt dort:

„Bei uns kursieren dagegen über den Sieg an der Weichsel immer noch verschiedene Versionen, die seinerzeit aus politischen Gründen leichtfertig in die Welt gesetzt wurden, um unter Heranziehung verfälschter Argumente die Tat Józef Piłsudskis zu schmälen.“

Im Vorwort seines Werkes „Das Jahr 1920“ schreibt der vereigte Marschall Polens u. a.: „Indem ich mein Vorwort schließe, muß ich noch meinem Bedauern Ausdruck geben, daß manche unserer Geschichtswerke so tief stehen, daß man sie weder als gute Quelle beweisen, noch mit diesbezüglichen Werken unserer ehemaligen Gegner vergleichen kann. Gar zu oft erwischen diese Werke den Eindruck von Arbeiten eines Volksschülers, der schulbewußt seinen

strengen Lehrer, in diesem Falle die Geschichte, durch Lüge und selbstbewußtes Auftreten zu täuschen versucht.“

Unabhängig von diesen Veröffentlichungen, an die der Marschall erinnert, wird aber seit Jahren vor allem in der Presse versucht, die geschichtlichen Tatsachen auf die verschiedenste Art zu verfälschen, indem mit Vorliebe das Verdienst am Siege Piłsudskis dem französischen Stabe zugeschrieben wird.

Deshalb ist es gerade heute an der Zeit, die Meinung von unparteiischen, maßgeblichen Männern anzuführen, um dieses Bild der uns noch so naheliegenden Geschichte in dem Licht erstrahlen zu lassen, das ihm zukommt.“ DPD



Das Paradies der Sowjetbauern.

1000 Menschen wegen Menschenfresserei im Gefängnis.

In der letzten Zeit beschäftigten sich die sowjetrussischen Bevölkerungen besonders eingehend mit dem polnischen Dorf und stellten den Wirtschaftsstand in Polen in den schwarzesten Farben dar. Das paradiesische Leben des Bauern in der Sowjetunion wurde dabei in den leuchtendsten Farben beschrieben. Der Posener „Wielkopoleśnik“ schildert nun in diesem Zusammenhang in einem Artikel wie das „paradiesische Leben“ der Sowjetbauern in Wirklichkeit aussieht.

Die Agrarreform, die das Ziel verfolgt, die landwirtschaftlichen Güter zu kollektivieren und die Landbestellung zu mechanisieren, hat in der Sowjetunion bereits ihren Abschluß gefunden. Im Privatbesitz befinden sich nicht mehr als 2 Prozent Land. Statt einigen 20 Millionen kleiner Wirtschaften, die vor der sowjetrussischen Agrarreform bestanden, besitzt Russland heute 250 000 große Wirtschaftsgemeinschaften. Die Wirtschaft ist derart fatal, daß jahrein, jahraus auf dem Lande Hunger herrscht.

Im Jahre 1933 wurden in Kiew über 1000 Menschen wegen Menschenfresserei ins Gefängnis geworfen.

Mit Zwangsarbeit, Gefängnis, Fügel und Hungertod hat man in Russland den Bauern beglückt, damit er der Welt verklünde, daß der Kollektivierung in der sowjetrussischen Landwirtschaft unwiderruflich der Vorzug vor anderen Systemen zu geben sei. Dem armen russischen Bauer geht es aber immer schlechter. Man hat auf dem Sowjetdorf die furchterliche Staatswirtschaft eingeführt. Der Staat zieht soviel Getreide ein, wie es ihm beliebt, ohne darauf Rücksicht zu nehmen, ob der Landarbeiter im Winter etwas zu essen hat oder nicht. Es gibt keine bestimmten Arbeitsstunden, denn von vornherein ist die Arbeitsmenge festgelegt, für die der Bauer oft mit großer Mühe 1½ oder 2 Tage aufwenden muß. Für diese ausgeführte Arbeit, die man „Arbeitsstag“ nennt, erhalten die Bauern in der Ukraine neben landwirtschaftlichen Produkten nur vier Kopeken. Im Gebiet am Schwarzen Meer waren die Ver-

waltungsausgaben so hoch, daß die Bauern für die Arbeit überhaupt keine Bezahlung erhielten. Im Moskauer Bezirk zahlte man für den „Arbeitsstag“ an Produzenten 40 Deka Getreide, 6 Kilogramm Kartoffeln und 1 Kilogramm Stroh.

Das Posener Blatt betont, daß diese Zahlen einer kommunistischen Zeitung entnommen sind, die sich besonders mit Fragen der Landwirtschaft beschäftigt. Aus ihnen geht hervor, daß der russische Bauer in Naturalien und in bar zweifellos sehr wenig erhält. Davon muß er noch Steuern und die staatliche Zwangsanteilshilfe zahlen.

So sieht also nach der abgeschlossenen Agrarreform, die die ganze Welt in Staunen versetzen sollte, der hungrige russische Bauer in seiner armseligen Hütte und geht in Lumpen einher.

Der große Zusammenbruch des Dorfes übt einen fatalen Einfluß auf die Entwicklung der anderen Zweige der Volkswirtschaft aus; es nimmt daher nicht wunder, daß dies sogar die Herrscher Russlands mit ahnungsvoller Furcht erfüllt. Man erinnerte sich, daß der Bauer zur Zeit der Leibeigenschaft außer der Arbeit für seinen Herrn noch für sich die ihm zugeteilte Parzelle bestellte und davon lebte. Man griff also diesen Gedanken auf und begann in der letzten Zeit, den Bauern kleine Parzellen zu geben, die von den gemeinsamen Gütern abgetrennt wurden. Der Unterschied zwischen der Leibeigenschaft des Mittelalters und der jetzigen in der Sowjetunion beruht darauf, daß sogar der unmeinungsliebende Herr den Bauer auf seinem Lande nur drei oder vier Tage beschäftigte, die übrige Zeit aber für die Bestellung der abgetrennten Parzelle freigab. Der Bauer in der Sowjetunion dagegen arbeitet die ganze Woche, Tag für Tag in der Kollektivwirtschaft und bestellt seine Parzelle entweder abends oder mit Hilfe minderjähriger Kinder.

Wenn man, so schließt der Aufsatz, dies alles berücksichtigt, so muß man allen, die auf das polnische Dorf kommen, um für jüdisch-bolschewistisches Geld das gegenüber Polen zu säen und für Russland zu agitieren, die Landwirtschaft in der Sowjetunion in Grimmen bringen und diese Abgesandten des Geistes der Finsternis und der bolschewistischen Leibeigenschaft wie Henschrecken ausrotten.

mäßigkeit und Ununterkunft vermutete. Aus dieser Sichtung Rüdiger einen Vorwurf zu machen, scheint allerdings verschafft. Übrigens ist es gerade Rüdiger, der in der großen polnischen Münzgeschichte eine überragende Rolle spielt. Er war u. a. Generalpächter der Münzen von Fraustadt und Posen und wurde vom König des österre. zu mancherlei Diensten verwendet. — Um 1800 kam dessen Bruder Wilhelm nach Bromberg, der ihn hier zeitweilig vertrat. Es wirkt ein Schlaglicht auf die Verhältnisse in der Brahestadt, daß Rüdiger später vom Schöffengericht das Verbot erteilt wurde, in Bromberg Grundbesitz zu erwerben, da er Protestant sei („ob labem haereseos!“).

Der Aufsatz gibt in seiner Kürze leider keinen tieferen Einblick in die Zustände jener Epoche und viel weniger auf die Leistungen und Arbeit deutscher Aufstropioniere auf polnischem Boden. Es sei hier nur vermerkt, daß Rüdiger noch einmal in Bromberg auftauchte (1613) und daß es Deutsche waren, die im 17. Jahrhundert der Bromberger Münze vorstanden. 1615 wird Konrad Bremer genannt, 1617 ist es Jakob Jakobsohn aus Emden (der übrigens 20 Jahre lang die gesamten Münzangelegenheiten Polens vermaßte). 1622 ist Koch Vorsteher der Münze, 1850 Christoph Guttmann. Auch die Unterbeamten waren mehr oder weniger Deutsche (und natürlich „Disidenten“!), und blättert man in älteren Annalen, dann finden wir selbst unter den Schöffen deutsche Namen. Letzteres ist erstaunlich genug, da laut königlichem Dekret vom Jahre 1570 in Bromberg Amtspersonen der katholischen Kirche angehören mußten. Bei allen konfessionellen Gegenläufen scheint das deutsche Element doch stark genug vertreten gewesen zu sein, um sich hier durchzusetzen. Leider verlor es gegen Ausgang des Jahrhunderts mehr und mehr seine nationale Eigenart.

Abschließend bringt das letzte Heft des „Przegląd Bydgoski“ einen Aufsatz aus der Feder des Stadtarchivars Prof. Malewski über die ehemalige Klosterbücherei der Bromberger Bernhardinermönche, über die wir seinerzeit an dieser Stelle berichteten. Einige Regesten und Befreiungen, von denen besonders die kritische Betrachtung der Schriftenreihe Ostpolen (Herausgeber Schriftleiter Marian Hepke) zu erwähnen ist und in der der Verfasser auf die subtile und objektive Art dieser Reiseberichte verweist, die zunächst in der „Deutschen Rundschau in Polen“ erschienen sind, beschließen das mit mehreren Aufnahmen geschmückte Heft.

Breifische Schulpolitit im 19. Jahrhundert

gegenüber der polnischen Minderheit.

Von Professor Dr. Manfred Laubert - Breslau.

Der in Breslau erscheinenden „Schlesischen Zeitung“ entnehmen wir auszugsweise den nachstehenden Beitrag des bekannten Historikers der schlesischen Universität, der wie kaum ein zweiter für die Beurteilung der deutsch-polnischen Beziehungen als sachverständig bezeichnet werden kann.

Die Schriftleitung.

Für ein Zeitalter, wie das unsrige, in dem das Problem der nationalen Minderheiten ungeahnte politische Bedeutung gewonnen hat, wird es immer reizvoll sein, die Methoden kennenzulernen, mit denen die Staatsmänner früherer Epochen diese Frage zu meistern versucht haben. Es ist bekannt, daß Preußen nach 1815 und bis zu dem Autogesetz einer offenen polnischen Freiheit, also bis nach 1870, seinen fremdsprachigen Staatsbürgern gegenüber weitestgehende Toleranz geübt und lediglich den Weg friedlicher Anlehnung verjagt hat. Der langjährige Kultusminister Friedrich Wilhelms III., Freiherr von Altenstein (1817-1840), hat ihn durch seinen berühmten Erlass an die Posener Regierung vom 23. Dezember 1822 und eine entsprechende Anweisung bezüglich der wendischen Mundart von 1821 vorgezeichnet, wenn er in ersterem Religion und Sprache für die höchsten Heiligtümer einer Nation erläutert, bei deren Achtung und Schutz eine Obrigkeit sicher sein dürfte, die Herzen der Untertanen zu gewinnen, während Gleichgültigkeit oder gar Angriffe gegen diese Vermächtner ungetreue und schlechte Bürger schaffen müssten, und hinzugesetzt, wer etwa glauben wollte, daß es zur Bildung der polnischen Nation wesentlich beitragen werde, wenn sie wenigstens der Sprache nach germanisiert würde, der möchte sich in einem großen Irrtum befinden, denn die Bildung eines Individuums und eines Volkes könne nur vermittels der Muttersprache bewerkstelligt werden. Die ungehemmt in allen Ostprovinzen 20 Jahre hindurch in Kraft gebliebene Instruktion für das Posener Provinzialschulfollegium von Altensteins Nachfolger Eichhorn vom 15. Juni 1842 hat diese Theorie dann mit ihren Konsequenzen in vollem Umfang auf die Praxis übertragen.

Unbekannt war es aber bisher, daß die hier von dem stark durch die Aufklärung und die humanistische Achtung der damaligen Pädagogik berührten Chef der Unterrichtsverwaltung verhinderten Leitfäden Gemeinigut der Bureaucratie gewesen sind. Ein Zeugnis hierfür bildet die Verfügung vom 30. August 1816, durch die der in Schlesien ansässige und als reaktionär verachtete Innenminister v. Schuckmann, dessen Ressort bis zur Bildung eines eigenen Kultusministeriums im Jahre 1817 das Unterrichtswesen unterstand, einen Bericht der Bromberger Regierung vom 4. August über die Lage der Schulangelegenheiten in ihrem Bezirk beantwortete. Er hatte sich diese genau so vor gestellt, wie sie ihm jetzt gechildert wurde. Sie erforderte die angelegentliche Fürsorge der Behörde, die sich bei ihren Verbesserungsbemühungen der Unterstützung des Ministeriums versichert halten durfte. Der von ihr eingeschlagene Weg zur Regulierung des Schulwesens in Bromberg selbst war zweckmäßig und versprach erfreuliche Resultate.

Hinsichtlich des Unterrichts in der Provinz war bei den angegebenen allgemeinen Ursachen seiner schlechten Beschaffenheit von den städtischen und ländlichen Kommunen allerdings zu verlangen, daß sie entsprechend ihrer Überwindung der Kriegsdrangsal, so viel in ihren Kräften stand, für ihre Schulen selbst sorgten. In einiger, wenn auch nur einstweiliger Hilfe hatte die Regierung aber auf dem Etat der geistlichen und Schulverwaltung wenigstens einen verfügbaren Fonds, den sie am besten benutzen konnte, wenn sie ihn, sobald bestimmte Gemeinden der daraus gewährten Unterstützungen nicht mehr bedurften, an anderen Orten mit dem nächst dringenden Bedarf anlegte. Dann war insonderheit für das katholische Schulwesen von den einzuhaltenden Klostergütern ein Fonds zu erwarten. Für die Rückstärkung der vormalig königliche, nachher französische Generäle geschenkte, Domänen angewiesene Schullehrergelder, die nun nicht auf dem Domänenetat standen, hatte sich der Minister bei der Finanzverwaltung verwendet. Die Notwendigkeit eines eigenen Seminars für die Stadt- und Landes Schulen des Bromberger Departements wurde anerkannt und ein Kostenanschlag für die erste Einrichtung und jährliche Unterhaltung angefordert, um möglichst bald einen Immediatbericht mit dem Finanzminister erstatzen zu können.

Die Verschiedenheit von Sprache und Konfession war allerdings „ein sehr schwieriger und mit größter Schonung und Vorsicht zu behandelnder Gegenstand“. In allen darauf be stieglichen Schuleinrichtungen mußte die Regierung so zu Werke gehen, daß überall der Schein der Willkür vermieden werde, daß keiner von beiden Teilen in dem Argwohn bestärkt werde, man gehe darauf aus, ihn zu unterdrücken oder siehe ihn hinten (!), sondern daß vielmehr jeder die Überzeugung gewinne, man ehre seine gesetzlichen Rechte und achte seine Eigentümlichkeit, die man nicht zu erfüllen (!), sondern nur in ihrer Sphäre möglichst zu bilden bestrebt sei. Wenn bei Festhaltung dieses Gesichtspunktes vielleicht auch das Schulwesen nicht so gleich in allen Teilen so vollkommen gut in Hinsicht auf seinen Zweck organisiert werden kann, als es sollte, so muß man das nicht für Verlust halten, indem dieser Weg zwar langsam, aber durch allmäßliche Annäherung beider Teile desto sicherer zum Ziele führt. So wenig die polnische Sprache die deutsche verdrängen soll, so wenig muß man diese mit Gewalt an die Stelle von jener legen. Polnische und katholische Gemeinden müssen polnische und katholische Lehrer, deutsche und protestantische Gemeinden deutsche und protestantische Lehrer erhalten. Überhaupt kann als Regel angenommen werden, daß von der Sprache und Konfession, wo von der Geistlichkeit ist, auch der Lehrer und die Schule sein muß. Die Eltern, die der andern Sprache und Konfession angehören, müssen, wenn es Schwierigkeit findet, ihre Kinder in die Ortschule zu schicken, oder für sie besonders nicht gesorgt werden kann, lieber zu anderen Schulen geschlagen und in eigene Sozialitäten derselben Sprache und Konfession gebildet werden, als daß man widerstreitende Elemente durch Zwang vereinigt. Der Vorschlag, in den Städten eine tätige Elementarschule zu errichten und diese, wenn die Fonds es gestatten, mit einem katholischen und einem protestantischen Lehrer zu versehen, wo aber die Fonds nicht hinreichen, nur einen beider Sprachen mächtigen Lehrer derjenigen Konfession, welcher der Hauptteil der Gemeinde zugetan ist, anzustellen, ist zwar der Sache ganz angemessen und richtig, würde aber in der Anwendung die größte Schwierigkeit finden, und heftige Kämpfe erregen, wenn man ihn zwangsweise ausführen wollte. Die Regierung muß sich daher zuvor der Verhältnisse wohl versichern, ehe sie an irgend

einem Ort zu seiner Anwendung schreitet, und diese nur da versuchen, wo keine oder leicht zu beseitigende Schwierigkeiten sich finden . . .“

Man erkennt in dem Erlass eine vorbildliche Toleranz in völkischer wie religiöser Hinsicht, und es würde für den Frieden Europas heilbringend sein, wenn die Lenker der heutigen Nationalitätenstaaten sich die Richtlinien zum Vorbild nehmen würden, die hier die maßgebliche Behörde eines Nationalstaates vor mehr als einem Jahrhundert aufgestellt hat.

Die Verschlagung von Mustergütern.

Aus der Vergangenheit von „Polen A“.

Nach englischem Muster hält die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ mitunter ein oder zwei Spalten ihres Raums für Entsendungen aus dem Lederkreise offen. In der letzten Ausgabe dieser Rubrik (Nr. 141/142) vom 26. März lasen wir einen interessanten Brief von R. Pritsch, der die Enteignungen in Westpolen behandelt und dabei besonders auf die Anwendung der Agrarreform bei den fujanischen Gütern Lischkowo (Eigentümer: von Schwarz - 1000 Hektar) und von Wybranowo (Eigentümer: Heinrich - 390 Hektar) zurückkommt. Der Briefschreiber weiß dabei über die Gütekunde von Lischkowo, Kreis I nowroclaw, auch Wybranowo gehörte früher dazu) folgende interessante Daten zu berichten:

Die Liste der Enteignungen in Westpolen, die die „DAB“ brachte, zeigt, wie planmäßig der Schlussstrich unter mehr als 100jährige deutsche Kulturarbeit gezogen wird. Aus der Liste möchte ich eines der am stärksten betroffenen Güter herausgreifen, Lischkowo, Kreis I nowroclaw, das Generationen niedersächsischer Familien gehört hat: Nordmann aus Anhalt, später von Schwarz aus Braunschweig. Pionier war G. L. Nordmann. Sohn einer Familie, deren Bedeutung für Landbau und Viehzucht in dem Gothaer „Nekrolog der Deutschen“ in Lebensbildern geschildert ist und die in mehreren Zweigen an der Kolonisation der Ostmark teilgenommen hat, als Landwirt von seinem Vater und dessen Brüdern ausgebildet, zugleich Schüler Albrecht Thaer's, des „Begründers des wissenschaftlichen Landbaues“ - der Allgemeinheit ist Thaer durch Rauchs Standbild auf dem Schinkelplatz und durch das Bild auf Reichsbankscheinen bekannt - , hatte Nordmann als preußischer Amtmann zwei Oderbruchdomänen, die in den Kriegsjahren gelitten hatten, erst Lebus, später Frauendorf, unter Umstellung auf Merinoschafzucht und unter nicht geringen Schwierigkeiten - die Gehöfte in Lebus brannten im Franzosenjahr 1812 nieder, bureaukratischer Unverstand hemmte den Betrieb - zur Blüte gebracht. Seine „vorzügliche Wirtschaftsführung“ war vom Minister anerkannt worden.

Nach dem Wiener Kongress erwarb Nordmann aus polnischer Hand für den damals beträchtlichen Preis von 121 000 Tälern die Staroste Lischkowo mit einer Gesamtfläche von 2500 Hektar, bestehend aus den Gütern Lischkowo, Rojewo, Wybranowo, Czalechlin, Budzaki, Wola u. a. Der Besitz war, wie fast überall in den neuen Erwerbungen, in rohestem Zustande. Ulrich v. Wilamowitz schildert in seinen Erinnerungen, wie es nur Behmgebäude dort gab. Nordmann brachte

sein Inventar mit, auch 10 000 Schafe im Pachtweidetrieb unter berittenen Aufsehern. Er berief einen erfahrenen Maurermeister aus Berlin zum Ausbau der Gehöfte nach märkischem Vorbild, siedelte an 20 pommersche Handwerkerfamilien an und erhöhte die Löhne nach dem Grundsatz „Gute Arbeit, gutes Brot“.

Im Jahre 1839, als er mehr als 300 000 Taler in den Betrieb angelegt hatte, konnte er in einer Immediateingabe an den König sagen: „Ich habe innerhalb von zehn Jahren, vielleicht an der rohesten Stelle Ew. Kgl. Majestät Staat, eine halbe Quadratmeile zu einem Kulturstande gebracht, der sich mit jeder halben Quadratmeile des ganzen Landes messen darf.“ Durch die Agrarreform wird das landwirtschaftliche Niveau der enteigneten Fläche wieder an „Polen B“ angeglichen, d. h. im wesentlichen auf den Stand von 1839 zurückgeworfen. D. R.

Der Erfolg stand um so höher, als bei den Bevölkerungs-, Wege-, Kredit- und Kulturverhältnissen der Ostmark nicht selten Generationen von Landwirten können und Mittel opfern mußten, ehe es zum Ertrag kam.

Die Lischkower Güter wurden von Landwirten als Mustergüter besucht. Die Jugend, auch aus entfernten Provinzen, drängte sich dorthin zur Erlernung der Landwirtschaft. Die Berliner Staatsbibliothek bewahrt eine von G. L. Nordmann zum Besten der Bedürftigen seiner Gutsbewohner veröffentlichten Schrift von 1838 „Weisungen für die Führung der Landwirtschaft auf meinen Gütern“. Nordmann war Vorsteher der Landwirtschaftlichen Gesellschaft. Geschäft war der Lischkower Weizen. Die Familie besaß eine Bestätigung des englischen Hofs, daß der Weizen 1840 bei Vermählung der Königin Viktoria für das Hochzeitsgebäck Verwendung fand.

Mit der wirtschaftlichen Hebung der Güter wurden sie auch ein Mittelpunkt einfachen, geistig und musikalisch anregenden Verkehrs für die engere und weitere Familie, für Nachbarn und Amtsträger, für wissenschaftliche und literarische Kreise. Der hervorragende Chemiker und Erfinder des Benzols, Univ.-Prof. Mitscherlich aus Berlin, der Ästhetiker und Dramaturg Prof. Roetscher aus Bromberg - das Friedrich der Große mit noch nicht 1000 Seelen übernahm und das nach schneller Entwicklung 1914 eine blühende deutsche Stadt von 70 000 Einwohnern war - , der Schriftsteller und Reisende Vogt von Golz aus Thorn u. a. waren anregende Gäste. Auch gebildete Pole schlossen sich nicht aus.

In dreihundertjähriger, kinderreicher Ehe stand Nordmann die Gattin zur Seite, eine Tochter des Direktors Hades der Pr. Oberrechnungskammer in Potsdam, eines in Südpolen (Warschau) und Posen und in verschiedenen alten Provinzen bewährten leitenden Verwaltungsbeamten.

Trübe war das Revolutionsjahr 1848, in dem Besitzer und Bauern Ortswehren bildeten, während Frauen und Kinder in Bromberg geborgen wurden. Nordmanns Gattin starb infolge der Aufrüttungen im selben Jahre, der Gatte folgte 1853. Sie ruhen auf dem Familiengrabhof in Lischkowo. Von beiden bestehen vor treffliche Bilder in Kreide und in Öl von der Hand des Berliner Porträtmalers der Zeit, Franz Krüger, und der Berliner Malerin Caroline Bardua.

Die Güter der Staroste Lischkowo sind in den späteren Generationen nicht in einer Hand geblieben. Aber sie behielten ihren Ruf. Rojewo wurde zu Anfang unseres Jahrhunderts die Mustersiedlung Ronc mit Kirche und Amtsgebäude.

Die Not unserer deutschen Jugend ist nicht kleiner geworden, sondern ist überall gestiegen. Wir tragen in diesem Jahre die Verantwortung für eine größere Anzahl arbeitslos gewordener Familienwäter als im Vorjahr. Tausende von Kindern müssen neu in unsere Betreuung aufgenommen und vielen Eltern muß die Sorge um die Gesunderhaltung ihrer Kinder abgenommen werden. Daher ist die Deutsche Kinderhilfe mit Recht Volkshilfe!

Wer einmal das Glück hatte, heimkehrende Ferienkinder auf dem Bahnhof zu sehen, der kann erst ermessen, mit welch rührender Dankbarkeit die Kinder an das erlebte Glück und die Freude zurückdenken und mit welcher Sehnsucht sie dann beim Abchied fragen: „Kann ich nächstes Jahr wieder kommen?“ Und wenn dann die vielen Einladungen wieder eingehen, dann wissen wir, daß durch die Ferienkinderverschickung viele innige Beziehungen zwischen Deutschen aus den einzelnen Gebieten angeknüpft worden sind.

Unsere Landkinderverschickung erfüllt jedoch über die rein körperliche Erholung der Kinder noch hohe

erzieherische Aufgaben.

Stadt Kinder lernen unser deutsches Bauerntum kennen und schätzen. Auf dem Lande soll ihnen die Bedeutung des Bauerntums für unser Volk aufgehen. Das deutsche Bauerntum soll unserer Jugend während der Ferienwochen zum Erlebnis werden. Wie wenig hat gerade unsere deutsche Jugend Gelegenheit, den deutschen Bauern in den anderen Gebieten lernen zu lernen. Die Deutsche Kinderhilfe trägt mit dazu bei, diese wichtige Erziehungsaufgabe zu erfüllen. Gerade die Ferienwochen bieten dazu die beste Gelegenheit. Auch darum ist unsere Kindererholungsverschickung Volkshilfe!

Wer Gelegenheit hatte, unter deutschen Kindern in den Elendsgebieten längere Zeit zu verweilen, der hat erst dann einen richtigen Einblick in das große Elend und die ärmlichen Lebensverhältnisse dieser Kinder bekommen. Unsere deutschen Lehrer können das auch jederzeit bestätigen. Wenn es im Zeugnis der Kinder auch eine Note für ihren Gesundheitszustand gäbe, dann würden die meisten von ihnen dabei sehr schlecht wegkommen, ohne daß sie oder ihre Eltern in der Lage wären, zur Verbesserung dieser Zensur wesentlich beizutragen. Gesundheitszustand „ungenügend“ würde es in den meisten Fällen heißen müssen und dann käme der einzige Rat oder die alleinige Möglichkeit dieser schlechten Zensur abzuheben: „Du mußst heraus, du mußt unbedingt durch den Deutschen Wohlfahrtsdienst verschickt werden.“ Dieses Bild braucht bestimmt nicht mit Zahlen belegt zu werden. Ein jeder von uns, der sich umsieht, merkt es auf Schritt und Tritt und daher ist

die Durchführung der Deutschen Kinderhilfe eine lebenswichtige Aufgabe unserer Volksgruppe!

Es geht um die Zukunft unserer Jugend, es geht um die Zukunft unseres Volkes!

Darum hat der Deutsche Wohlfahrtsdienst-Posen unsere ganze Volksgruppe aufgerufen, durch Opfer zu diesem großen Erholungswerk für unsere Kinder beizutragen. Keiner darf sich ausschließen! Ein jeder trägt durch ein angemessenes Opfer dazu bei!

NHK.

Verlangen Sie überall

auf der Kleise, im Hotel, im Restaurant,
im Cafe und auf den Bahnhöfen die

Deutsche Rundschau.

Wirtschaftliche Rundschau.

Freigabe der polnischen Auslandsforderungen für Rohstoffbeschaffung.

Die Polnische Devisenkommission hat einen für die polnische Wirtschaft außerordentlich bedeutenden Beschluss gefasst. Sämtliche Auslandsforderungen, die Einzelpersonen oder Firmen in Polen aus der Zeit vor dem 26. April 1936 haben, sind für Rohstoffbeschaffung freigegeben worden. Die betreffenden Personen oder Firmen können durch Vermittlung der Devisenbanken die Anträge auf Freigabe dieser Auslandsforderungen stellen, wobei sie die entsprechenden Beweise dafür beizubringen haben, dass die Forderungen bereits vor dem 26. April 1936 bestanden. Sowie die Freigabe durch die Devisenkommission erfolgt ist, können sie sich an die Außenhandelsabteilung im Industrie- und Handelsministerium wenden, um eine entsprechende Einführungsbewilligung zu erhalten. Die Bezahlung der Bestellungen kann jedoch nur durch die Devisenbanken vorgenommen werden, wenn Originalfakturen und Einführungsbewilligungen vorliegen.

Die Maßnahme ist getroffen worden, um Zusatzkontingente von unerlässlichen Rohstoffen einzuführen, die auf den Weltmärkten eine steigende Tendenz haben und zwar Kupfer, Zinn, Nickel, Eisenstahl, Kautschuk und bei Bewilligung durch das Handelsministerium auch andere Rohstoffe. Die Einführungsbewilligung durch das Handelsministerium, soll nach der Genehmigung durch die Devisenstelle schnellstens, nahezu automatisch erfolgen, damit wirklich die Vorteile dieser Erleichterung ausgenutzt werden können.

Warenbeförderung durch die polnischen Schiffahrtsgesellschaften im Jahre 1936.

Nach den amtlichen statistischen Angaben haben die vier polnischen Schiffahrtsgesellschaften im Jahre 1936 insgesamt 1.526.583 To. Güter befördert, d. i. um 331.050 To. mehr als im Jahre 1935 und um 566.359 To. mehr als im Jahre 1934. Von der Gesamtmenge entfallen auf die Einfuhr über Danzig und Gdingen 348.609 To. (1935: 254.091 To.), und auf die Ausfuhr über die beiden Häfen Polens 1.127.538 To. (903.887 To.). Auf den Transport zwischen fremden Häfen entfielen 50.886 To. (37.505). Den Hauptanteil an der Warenbeförderung hatte die Schiffahrtsgesellschaft "Zegluga Polsta" mit 843.565 To., die "Polskarob" beförderte 471.583 To. (ausschließlich Kohle), die Polnisch-Britische Schiffahrtsgesellschaft 108.040 To. und die Gdingen-Amerikalinie 73.845 To. Was die beförderten Waren anbetrifft, so standen Kohlen mit 694.479 To. an erster Stelle, an zweiter Erze und Eisenstahl mit 125.021 To. und Thomasglocke mit 38.036 To. an vierter Stelle. Die Holzausfuhr bezifferte sich auf 44.266 To.

Die Zahl der Gewerbe- und Handelsunternehmen in Polen. In der Zeit vom November 1936 bis Ende Februar 1937 wurden in Polen für das Jahr 1937 insgesamt 601.433 Gewerbebetriebe ausgestellt, davon 196.746 für Industrie- und Gewerbebetriebe und 380.885 für Handelsunternehmen. Im Vergleich zur gleichen Zeit des Vorjahrs ist in diesem Jahr die Zahl der Gewerbebetriebe um 16.854 und die Zahl der Handelsunternehmen um 18.008 höher.

Geldmarkt.

Der Wert für ein Gramm reinen Goldes wurde gemäß Verfügung im "Monitor Polst" für den 1. April auf 5.9244 złoty festgesetzt.

Der Zinsatz der Bank Polst beträgt 5%, der Lombardzins 6%.

Warschauer Börse vom 31. März. Umsatz, Verlauf — Kauf. Belgien 88.84, 89.02 — 88.66, Belarad —, Berlin —, 212.78 — 211.94, Budapest —, Bularest —, Danzig 100.00, 100.20 — 99.80, Spanien —, —, Holland 288.90, 289.62 — 288.18, Japan —, Konstantinopel —, Kopenhagen 115.15, 115.44 — 114.86, London 25.79, 25.86 — 25.72, New York 5.271/4, 5.281/4 — 5.26, Oslo —, 129.93 — 129.27, Paris 24.26, 24.32 — 24.20, Prag 18.40, 18.45 — 18.35, Rio —, Sofia —, Stockholm 133.00, 133.33 — 132.67, Schweiz 120.24, 120.54 — 119.94, Helsingfors —, 11.42 — 11.36, Wien —, 99.20 — 98.80, Italien 27.85, 27.95 — 27.75.

Berlin. 31. März. Umtl. Depozitürte. New York 2.488—2.492, London 12.165—12.195, Holland 136.25—136.53, Norwegen 61.14 bis 61.26, Schweden 62.72—62.84, Belgien 41.90—41.98, Italien 13.09 bis 13.11, Frankreich 11.44—11.46, Schweiz 56.68—56.80, Prag 8.656 bis 8.674, Wien 48.95—49.05, Danzig 47.04—47.14, Warschau —.

Die Bank Polst zahlt heute für: 1 Dollar, große Scheine 5.251/2, dito. 1/2, Scheine 5.25 31, Kanada —, 1/2, Dfl. Sterling 25.70 31, 100 Schweizer Franc 119.74 31, 100 französische Franc 24.18 31, 100 deutsche Reichsmark in Papier 120.00 31, in Silber 127.00 31, in Gold — 31, 100 Danziger Gulden 99.80 31, 100 tschech. Kronen 15.60 31, 100 österreich. Schillinge 96.00 31, holländischer Gulden 287.90 31, belgisch Belgas 88.59 31, ital. Lire 24.00 31.

Effektenbörse.

Posener Effekten-Börse vom 31. März.
5% Staatl. Konvert.-Anteile grösere Posten 55.00 G.
kleinere Posten —
4% Brämen-Dollar-Anteile (S. III) 44.50 +
8% Obligationen der Stadt Polen 1926 —
4½% Obligationen der Stadt Polen 1927 —
5% Pfandbriefe der Weipoltiener Kredit-Ges. Polen —
5% Obligationen der Kommunal-Kreditbank (100 G.-31) —
4½% umgest. Ziottypenpfandbriefe d. Poi. Landchaft i. Gold 47.50 G.
4½% złoty-Pfandbriefe der Posener Landchaft Serie I 47.00 +
4% Konvert.-Pfandbriefe der Posener Landchaft 41.50 +
Bank Cukrownictwa (ex. Divid.) —
Bank Polst (100 złt.) ohne Coupon 8% Div. 1936 99.50 G.
Biechmark. Bap. I. Cem. (30 31) —
Tendenz: behauptet.

G = Nachfrage, B = Angebot, + = Geschäft, * = ohne Umfass.

Warschauer Effekten-Börse vom 31. März.

Festverzinsliche Wertpapiere: 3 proz. Brämen-Invest.-Anleihe I. Em. 64.75, 3 proz. Brämen-Invest.-Anleihe II. Em. Serie 63.75, 4 prozentige Dollar-Brämen-Anleihe Serie III 44.75—45.10, 7 proz. Stabilisierungs-Anleihe 1927 368.00 4 proz. Konkordierungs-Anleihe 1936 52.63—52.75, 5 prozentige Staatsliche Konvert.-Anleihe 1924 54.50, 7 proz. Pfandbriefe der Staatl. Bank Poln. 84.25, 8 proz. Pfandbriefe der Staatl. Bank Poln. 94, 7 proz. B. 3. der Landeswirtschaftsbank II.—VII. Em. 83.25, 8 proz. B. 3. der Landeswirtschaftsbank I. Em. 94, 7 proz. Kom.-Obl. der Landeswirtschaftsbank II.—III. Em. 83.25, 8 proz. Kom.-Obl. der Landeswirtschaftsbank I. Em. 94, 5½% proz. Pfandbriefe der Landeswirtschaftsbank I. Em. 81, 5½ proz. B. 3. der Landeswirtschaftsbank II.—VII. Em. 81, 5½ proz. Kom.-Obl. der Landeswirtschaftsbank I. Em. 81, 5½ proz. B. 3. der Landeswirtschaftsbank II.—III. und IV. Em. 81, 8 proz. B. 3. Tow. Kred. Przem. Polst. — 7 proz. B. 3. Tow. Kred. Brzem. Polst. — 4% proz. B. 3. Tow. Kred. Ziemi. der Stadt Warschau Serie V 52.50—52.25, 5 proz. B. 3. Tow. Kred. d. Stadt Warschau — 5 proz. B. 3. Tow. Kred. d. Stadt Warschau 1933 56.50—56.75, 5 proz. B. 3. Tow. Kred. der Stadt Lodz 50.88—50.75, VIII. u. IX. 6 proz. Konv.-Anleihe d. Stadt Warschau 1926 —.

Produktionsmarkt.

Amtliche Notierungen der Bromberger Getreidebörsie vom 1. April. Die Preise lauten Parität Bromberg (Waggonsladungen) für 100 Kilo in złoty:

Standards: Roggen 688.5 g/l. (17.2 f. h.) zulässig 3%, Unreinigkeit 737.5 g/l. (12.6 f. h.) zulässig 3%, Unreinigkeit, Hafer 413 g/l. (69 f. h.) zulässig 5%, Unreinigkeit, Braugerste ohne Gewicht, Gerste (61.667 g/l. (12.113.11 f. h.) zulässig 1% Unreinigkeit, Gerste 643—649 g/l. (108.9—109.9 f. h.) zulässig 2%, Unreinigkeit, Gerste 620.5—628.5 g/l. (105.1—106 f. h.) zulässig 3%, Unreinigkeit.

Transaktionspreise:

oggen	— to	—	gelbe Lupinen	— to	—
oggen	— to	—	Braugerste	— to	—
oggen	— to	—	Speisefart.	— to	—
oggen	— to	—	Sonnen-	—	—
land.-Weizen	— to	—	blumenfuchsen	— to	—
afser	— to	—			

Polens Wirtschaftslage.

Die Landeswirtschaftsbank (Bank Gospodarstwa Krajowego) gibt die folgende Darstellung über die Wirtschaftslage Polens im Februar d. J.

In Anbetracht der herannahenden Frühjahrssaison ist in einzelnen Industriezweigen eine Erhöhung des Beschäftigungsstandes eingetreten, ebenso war eine Belebung der Umsätze besonders im Großhandel zu verzeichnen. Mit Rücksicht auf die erhoffte Belebung der Investierungstätigkeit haben die Industriebetriebe im laufenden Jahr wesentlich früher mit einer verstärkten Saisonproduktion begonnen. Dadurch wurden größere Umsatzmittel erforderlich, besonders in der Hütten-Industrie und in allen Industriezentren. Die Kreditanforderungen der Industrie standen nicht zuletzt unter dem Einfluss der anhaltenden Preissteigerung der ausländischen Rohstoffe, aus diesem Grunde haben die Betriebe versucht, sich rechtzeitig mit größeren Rohstoffvorräten einzudecken. Der Kreditanstieg war im Februar im allgemeinen jedoch nicht allzu groß und konnte durch die getätigten Einlagen befriedigt werden, wobei die Banken ihre Kreditreserven in der Emissionsbank nicht anzugreifen brauchten. Der Einlagestand hat sich besonders bei den Sparinstituten erhöht.

Die Bedingungen für den Absatz von Agrarprodukten blieben günstig, die Getreidepreise verrieten eine weitere steigende Tendenz. Der Stand der Wintersaaten war bei dem Einfluss der ungünstigen Atmosphäre nicht sehr zufriedenstellend. Das Ausmaß der Industrie-Produktion war im Februar größer als im Januar. Die Eisenhütten-Industrie überstieg mit ihrem Produktionsstand den Abschnitt der vorangegangenen höchsten Konjunktur, auch ein Teil der Metall-Industrie konnte in diesem Jahre wesentlich früher eine stärkere Saisonproduktion in Angriff nehmen.

Intensiv arbeitete die Textil-Industrie und die Sektkellerei-Industrie bei der Herstellung von Frühjahrs- und Sommer-Produkten. Eine Besserung des Beschäftigungsstandes verrieten darüber hinaus die Holzindustrie und manche Zweige der chemischen Industrie. Dank einer erhöhten Nachfrage von Seiten der Industriebetriebe und der Eisenbahn erhöhte sich der Kohlenabsatz am Inlandsmarkt, wodurch die Kohlenförderung den bisherigen Stand beibehalten konnte. Schwächer arbeitete dagegen die Petroleum-Industrie, die einen Rückgang der Petroleumförderung aufzuweisen hat. Die Zahl der beschäftigten Industrie-Arbeiter begann in den letzten Wochen zu steigen, im Laufe des März verringerte sich dementsprechend die Zahl der registrierten Arbeitslosen.

Die Handelsumsätze am einheimischen Markt erhöhten sich nach der saisonmäßigen Abschwächung im Januar wieder

im Februar und März, im besonderen Maße in der Zeit vor den Feiertagen. Die Warenumsätze mit dem Auslande gingen zurück, der Ausfuhrüberschuss im Außenhandel überstieg im Februar die Summe von 10 Millionen złoty.

Die sowjetrussische Getreideernte 1936.

O. G. Währten in der sowjetrussischen Tagespresse auf Anweisung der Sowjetregierung die schweren Missernten des Vorjahrs noch immer verschwiegen wird, und die "Prawda" erst vor kurzem wieder behauptete, daß die Getreideernte des Jahres 1936 in der Sowjetunion "im ganzen befriedigend" gewesen ist, besonders wenn man „die komplizierten klimatischen Verhältnisse“ in Betracht ziehe, wird jetzt in der Sowjetzeitung "Plan", dem Organ des Staatslichen Planausschusses und der Zentralverwaltung für Wirtschaftsstatistik der Sowjetunion, ein Aufsatz über "Die sowjetrussische Landwirtschaft im Jahre 1937" veröffentlicht, in dem u. a. der durchschnittliche Getreideertrag für das Jahr 1932/36 mit 8.1 Đ. pro Hektar angegeben wird. Da die Getreideerträge für die Jahre 1932 bis 1935 von sowjetrussischer Seite seinerzeit bekannt gegeben worden sind, so läßt sich auf Grund dieser Angabe für das Jahr 1936 nunmehr erstmals ein Durchschnittsgetreideertrag von 7.3 Đ. pro Hektar errechnen gegenüber 8.9 Đ. im Jahre 1935 und 7.0 Đ. im Jahre 1932, dem schwierigsten Misserntenjahr, welches ebenfalls bekanntlich das große Massensterben auf dem Lande zur Folge hatte. Die absoluten Angaben über die durchschnittlichen Hektarerträge sind zwar durchweg zu hoch, da die Ernteverluste dabei nicht entsprechend berücksichtigt sind, aus dem Vergleich der Durchschnittserträge für 1936 und 1935 ergibt sich jedoch die Tatsache, daß der durchschnittliche Getreideertrag im Jahre 1936 infolge der katastrophalen Dürre um rund 18 Prozent niedriger gewesen ist, als im Jahre 1935 und etwa dem Durchschnittsertrag im Misserntenjahr 1932 entspricht.

Da die sowjetrussische Ernte im Jahre 1935 von ausländischer Fachverständiger Seite auf 72 bis 75 Mill. T. geschätzt wurde, so würde sich also für das abgelaufene Jahr eine Getreideernte von 59—61 Mill. T. ergeben. Tatsächlich dürfte die vorläufige Getreideernte sogar noch etwas niedriger ausfallen sein. Ziemlich eindeutig ist es bemerkenswert, daß von der Sowjetstatistik jetzt — allerdings nur indirekt — angegeben wird, daß die vorläufige Ernte weit niedriger ausgefallen ist, als diejenige im Jahre 1935.

Nochmalige Verlängerung des polnisch-französischen Handelsvertrages.

Der polnisch-französische Handelsvertrag, der am 31. Dezember 1936 abließ, war dann bis zum 31. März verlängert worden in der Hoffnung, daß bis zu diesem Datum die Verhandlungen über ein neues Abkommen abgeschlossen sein würden. Da bisher ein neues Abkommen nicht zustande gekommen ist, wurde der heute ablaufende Vertrag provisorisch wieder auf einen Monat, d. h. bis zum 30. April d. J. verlängert.

Polnischer Börsten für Deutschland. Nach den Osterfeiertagen wird in Warschau eine Aboordnung deutscher Kaufleute eintreffen, die wegen des Anfangs von Börsen verhandeln wollen. Am vergangenen Jahr wurden 343 Tonnen Börsen aus Polen nach Deutschland ausgeführt.

Maribor, 31. März. Getreide, Weizen- und Futtermittelabfälle auf der Getreide- und Marenbörsie für 100 kg. Parität Waggon Warschau: Einheitsweizen 32,00—32,50, Sammelweizen 31,50—32,00, Roggen 25,50—25,75, Hafer 22,50—23,00, Braugerste 26,75—27,75, Mahlgerste 25,00—25,50, Grüßgerste 23,50—24,00, Speisefelderbrot 23,50 bis 24,50, Ultioriaerbrot 29,00—31,00, Widen 23,50—24,50, Beluchten 21,50—22,50, dopp. ger. Seradella 27,50—28,50, bl. Lupinen 15,00—15,50, gelbe Lupinen 16,50—17,00, Wintertribl 61,00—62,00, Wintertribl 55,00—56,00, Sommertribl 55,50—56,50, Leinamen 52,00—53,00, roh. Rottlee ohne die Flachsiede 105—120, Rottlee ohne Flachsiede bis 97%, ger. 135—145, roh. Weißlee 90—100, Weißlee ohne Flachsiede bis 97%, gerneinigt 115—130, blauer Mohn 80,00—82,00, Weizenmehl 0—20%, 49,50—50,50, A 0—45%, 47,50—48,50, B 0—55%, 45,50—46,50, C 0—60%, 44,50—45,50, D 0—65%, 43,50—44,50, II A 20—55%, 42,50—43,50, B 20—65%, 40,50—42,50, D 45—55%, 37,50—38,50, F 55—65%, 36,50—37,50, G 60—65%, 35,50—36,50, Roggen-Auszugmehl 0—30%, 36,00—37,00, I 50—65%, 30,25—31,25, Roggenjohntmehl 0—95%, 28,25—29,25, Roggenjohntmehl 65%, 20,75—21,50, grobe Weizenlie 17,50—18,00, mittlerer Weizenlie 16,50—17,00, fein 16,50—17,00, Roggentiere 15,75—16,00, Leinblumentribl 25,50 bis 26,00, Rapsfuchen 19,25—19,75, Sonnenblumentuchen —, Soja-Schrot —, Speisefartoffeln —, Umläufe 946 to, davon 336 to Roggen. Tendenz: beständig.

Biehmarkt.

(Wiederholt für einen Teil unserer Auflage.)